

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Überparteilicher Schulterschluss zur finanziellen Sicherstellung des Hochwasserschutzes, Petition an die Steiermärkische Landesregierung

GR. **Hohensinner**, GRin. Mag.^a **Ennemoser**, GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellen namens von ÖVP, SPÖ, Grünen, KPÖ, FPÖ und BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! In den vergangenen Jahren mehrten sich auch im Großraum Graz die Unwetter, welche verschiedene Bäche in unserer Stadt zu reißenden Flüssen wachsen ließen. Vor allem Anrainer der Bezirke Andritz, St. Peter und Mariatrost waren und sind noch heute von dieser Naturgefahr betroffen.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Hohensinner**: Straßgang auch, Herr Klubobmann. Um die Bewohnerinnen und Bewohner besser zu schützen, wurde von den zuständigen Abteilungen des Magistrates Graz das Sachprogramm Grazer Bäche ausgearbeitet und in der Gemeinderatssitzung am 24.09.2009 von uns beschlossen.

Die darin formulierten Baumaßnahmen sind teilweise umgesetzt beziehungsweise befinden sich in der Planungs- oder Umsetzungsphase. Für die Projektrealisierung waren grundsätzlich fünf Jahre angesetzt. Um dieses ehrgeizige, für die betroffenen Menschen grundlegend wichtige Ziel weitgehend zu erreichen, ist das städtische Sachprogramm zur Hochwassersanierung der Grazer Siedlungsräume mit extremer

Konsequenz voranzutreiben. Hier ist festzuhalten, dass die meisten Arbeitsschritte, wie auch die Finanzierung, in Kooperation mit Bund und Land realisiert werden sollen.

Der gesamte Finanzbedarf laut Kostenschätzung hat zur Zeit der Beschlussfassung Euro 48,5 Millionen Euro betragen. Die Finanzierung läuft über unterschiedliche Kostenaufteilungsschlüssel. Demnach hat die Stadt Graz über den oben angeführten Gemeinderatsbeschluss die Deckung von 12.100.000 Euro sichergestellt. Sie haben auch die genaue Auflistung der Jahre angeführt.

Das Land Steiermark war von Anfang an bei allen Projektplanungsschritten beteiligt und hat an der Kostenermittlung des Programms intensiv mitgestaltet, auch Zahlen eingebracht, aber hinsichtlich des finanziellen Zeitplans nie Bedenken geäußert. Zu diesem Punkt ist anzumerken, dass die Bereitstellung der Bundesmittel ganz eng an die Landesbeteiligung gekoppelt ist.

Verschiedene Zeitungsmeldungen beziehungsweise Aussagen von Landespolitikerinnen und -politikern und Landesbeamtinnen und -beamter bezüglich des Sparpakets sorgen für große Verunsicherung unter den hochwassergeplagten Anrainerinnen und Anrainern und auch unter uns Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern.

Für die finanzielle Prioritätensetzung des Landes ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die Stadt Graz aufgrund der dichten Besiedlung einen Sonderstatus im Hochwasserschutz hat.

Die Stadt Graz setzt in dieser grundlegenden Frage einen überparteilichen Schulterchluss und der auch mit der heutigen Sitzung mit diesem Antrag auch eindrucksvoll gelungen ist, dafür möchte ich jetzt schon einmal danke sagen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stellen wir daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat tritt im Petitionswege an die Steiermärkische Landesregierung heran:

Die Finanzlandesrätin Frau Dr. Bettina Vollath und der für die Hochwasserschutzbaumaßnahmen zuständige Landesrat Johann Seitinger werden dringend aufgefordert, die für die Realisierung des gemeinsam erarbeiteten Sachprogramms Grazer Bäche erforderlichen Finanzmittel durch einen Beschluss in der Steiermärkischen Landesregierung sicherzustellen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher** zum Antrag: Lieber Kurt, lieber Antragsteller! Ich muss sagen, mit dieser Initiative ist dir und deinen Kollegen, die da mitunterschrieben haben, leider ziemlicher Fake gelungen. Was richtig sind, sind die 12,1 Millionen Euro, die wir damals als aus der Not heraus aufgrund der Ereignisse im Gemeinderat, glaube ich, damals einstimmig beschlossen haben, aber wie der Stadtrechnungshof auch entsprechend in seiner Analyse ein halbes Jahr später festgestellt hat, natürlich nicht ganz korrekt sind, das Land hat gemäß der gesetzlichen Grundlage keinen einheitlichen Prozentschlüssel, der bezahlt wird, sondern das ist inhaltlich völlig unabhängig. Beim Bau von Rückhaltebecken werden zum Beispiel zehn Prozent gewährt, bei Linearmaßnahmen wird der Anteil der Stadt auf 30 % erhöht. Der Stadtrechnungshof hat in seinem Bericht festgestellt, es ist kritisch festzustellen, dass die angenommenen Förderschlüssel nicht garantiert sind, diese sind zwar grundsätzlich seitens des Bundes beziehungsweise des Landes zugesagt, werden jedoch bei jedem Projekt gesondert jetzt erst nach Prüfung bestätigt. Genauso ist es. Weiters sagt der Stadtrechnungshof, der Finanzierungsanteil der Stadt Graz wurde vorwiegend unter der Annahme einer optimalen Förderung errechnet, es ist davon auszugehen, dass der geschätzte Finanzierungsanteil der Stadt Graz deutlich höher

als 12,1 Millionen Euro sein wird. Das heißt, die Stadt Graz hat erst uns beschließen lassen als Gemeinderäte, hat dann den Stadtrechnungshof beauftragt, ein entsprechendes Gutachten zu machen, der eigentlich zum Schluss kommt, hoppla, da ist eigentlich die Kacke am Dampfen, würde man in Deutschland sagen, es sind wahrscheinlich wesentlich mehr Mittel erforderlich als die 12,1 Millionen Euro. Weiters ist folgendermaßen, dass die ganze Angelegenheit vom Sparpaket nämlich nach meinem Informationsstand, und ich habe hier Kontakt in die Landesregierung gepflegt, in keiner Weise betroffen wird, sondern das ganze wird nach einer entsprechenden bundesgesetzlichen Grundlage nach dem Wasserbaubeförderungsgesetz abgewickelt, da ist ganz genau geregelt, wie das abzugehen hat, die Stadt Graz ist Interessent und entsprechend sind die einzelnen Projekte abzuwickeln. Das Land Steiermark, so ist meine Auskunft, bitte, Kurt Hohensinner, wenn du eine andere hast, dann sage es hier und nenne aber auch entsprechend die Quelle, nach meinen Informationen wird das Land Steiermark und ist auch budgetär vorgesehen im Jahr 2011 so viel Förderungen für den Hochwasserschutz in Graz ausschütten, bezahlen oder ist vorgesehen, wie noch nie bisher zuvor. Ich weiß daher nicht, woher die Aufregung kommt, ich glaube daher, ihr wollt einfach politisches Terrain, das ihr verloren habt, einfach wieder zurückgewinnen, das ist als entlarvt und daher meines Erachtens weder Dringlichkeit noch dem Antrag daher zustimmend. Danke.

GR. Hohensinner: Entschuldigung, Herr Kollege Mariacher, Sie haben da einen Zettel vergessen, BKS-Bank mit ein paar Notizen, der ist gerade runtergefallen. Und im Schlusswort möchte ich mich noch einmal bedanken bei allen, die da mitmachen, und es ist ein überparteilicher Schulterschluss, bei aller Wertschätzung, Herr Kollege, überparteilicher Schulterschluss, du bist eine Person, die versucht und das finde ich ein bisschen beschämend, hier in dieser wichtigen Frage parteipolitisches Kleingeld zu wechseln. Du hast auch gesagt, es ist ein Fake, eine Fälschung, hast dann korrigiert,

es gibt verschiedene Aufteilungskosten, Aufteilungsschlüssel. Ich weiß nicht, ob du den Antrag gelesen hast? Habe ich geschrieben, dass es einen Kostenaufteilungsschlüssel gibt?

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: Nein.

GR. **Hohensinner**: Na eben, also bitte vielleicht, dass du dich entschuldigst, weil es ist auf keinen Fall ein Fake, Fake heißt Fälschung, und das ist eigentlich eine grobe Unterstellung und das möchte ich bitte mit aller Deutlichkeit zurückweisen, Herr Kollege (*Applaus ÖVP*). Ich bedanke mich noch einmal für die breite Zustimmung.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

2) Impfaktion an Grazer Pflichtschulen

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der gestrigen Ausgabe der Kleinen Zeitung wurde berichtet, dass auf Grund eines Oberstgerichtsurteils in Kärnten, welches die mangelnde Information der Eltern bezüglich der Schulimpfungen kritisierte, allerdings aufgrund eines tragischen Einzelfalls, die Landessanitätsdirektion Steiermark beschlossen hat, die Impfungen in den Schulen auszusetzen und diese an die Bezirkshauptmannschaften zu übertragen.

Das ist - höflich ausgedrückt - ein gesellschafts- und gesundheitspolitischer Skandal. Erstens werden alle Eltern bereits nach der Geburt im Rahmen der Mutter-/Kind-Pass-Untersuchungen ausführlich über die Notwendigkeit von Impfungen aufgeklärt, auch natürlich über die Gefahren und zweitens ist es in der Steiermark jedenfalls Usus, dass die Eltern ihr Einverständnis zur Impfung in der Schule per Elternheft schriftlich kundtun müssen, das war ja auch der Grund dieses Urteils, dass dieses Informationsblatt in Kärnten zu wenig ausführlich auch auf die Gefahren hinweist.

Zur Zeit liegt, und das ist tragisch, ein zwei Monate altes Baby mit Keuchhusten auf der Intensivstation der Grazer Kinderklinik, das natürlich noch gar nicht geimpft sein kann, dessen Umgebung aber nicht geimpft war und so ist das Kind angesteckt worden und kämpft jetzt um das Überleben.

Der langjährige Leiter der Grazer Kinderintensivstation Dr. Hans Grubbauer, er ist bereits im Ruhestand, warnt eindringlich davor, diese Impfungen auszusetzen. Impfungen, deren positive Wirkung auf die Volksgesundheit sich über Jahrzehnte bewährt hat, müssen weiterhin flächendeckend garantiert werden. Denn wird das nicht in der Schule getan, wird es zu großen Lücken kommen und dann werden sich Krankheiten wie Diphtherie oder Keuchhusten, oder Tbc aktuell ist schon wieder im Vormarsch, bei uns wieder ausbreiten.

Man braucht kein Prophet zu sein, sondern nur auf die Statistiken blicken, wie viele Eltern die Mutter-/Kind-Pass-Untersuchungen nach den verpflichtenden ersten 12 Monaten noch weiter durchführen lassen, ich habe das leider nur von zwei Kinderärzten, aber die sagen, dass das weniger als zwei Drittel sind, die diese Untersuchungen dann weiter durchführen lassen.

Das heißt, in Zukunft wird ein erheblicher Teil der Kinder den Impfschutz nicht mehr genießen. Der volkswirtschaftliche Schaden durch Erkrankungen wird enorm sein.

Geht es um die vom Gericht geforderte Aufklärung der Eltern, dann kann diese über mehrsprachige Broschüren oder bei Elternabenden erfolgen. Geht es um die Finanzen, das ja immer auch möglich ist bei Maßnahmen, die das Land zurzeit setzt, dann wäre man gut beraten, an Stelle der Streichung einen entsprechenden Elternbeitrag einzuheben.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat ersucht die zuständigen Stadträte, Mag. (FH) Sonja Grabner für die Schule und Mag. Edmund Müller für die Gesundheit, umgehend in Gespräche mit der Landessanitätsdirektion Steiermark einzutreten, um die Schulimpfaktionen für die Grazer Pflichtschulen für das kommende Schuljahr durch die geeigneten Maßnahmen sicherzustellen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher** zur Dringlichkeit: Lieber Kollege Thomas Rajakovics, das ist wirklich ein sehr wichtiges und gutes Thema, danke dafür, ich glaube auch, die Dringlichkeit ist dahingehend wirklich gegeben, weil die Durchimpfungsrate, wie das so schön heißt, einfach im Sinken ist und jeder weiß (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), je geringer die Durchimpfungsrate ist, desto anfälliger ist die Population, die Bevölkerung, sprich: die kleinsten Kinder und in dem Sinne. Danke völlig korrekt, nichts auszusetzen auch von meiner Seite her, finde es toll, dass das gemacht worden ist und wünsche wirklich viel Erfolg und darf wirklich auch alle aufrufen, die Eltern sind oder die Einfluss haben, hier wirklich für entsprechenden Impfschutz zu wirken. Danke.

StR. Mag. **Müller**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtsenatskollegen, hoher Gemeinderat! Es ist so, ich habe manchmal das Gefühl, also gerade, wenn der Herr Gemeinderat Mariacher hinausgeht, dann denke ich mir, er macht schon ein bisschen Anfragebeantwortung. Dafür herzlichen Dank, das ist wirklich eine gute Kooperation.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Ich glaube, Sie können ihn gern haben.

StR. Mag. **Müller**: Danke für das Angebot, Transfersummen, wie viel kriegen wir, das ist die Frage. Es ist so, dass uns das natürlich ein Anliegen ist, diese Impfaktionen weiterzuführen, selbstverständlich, ganz klar. Das ist wirklich ein wichtiges Anliegen und insofern haben wir dieses Anliegen auch als gemeinsames formuliert und ich bin dankbar für diesen Antrag. Es ist so, dass wir ein Grundimpfkonzept haben, das der Bund macht. Es ist so, dass das Land dann mit der Landessanitätsdirektion ein Umsetzungskonzept für das Land macht, ein Landeskonzept und wir in der Stadt das dann umzusetzen haben. Und wir glauben, dass die Durchimpfung, und so wie Sie das gesagt haben, dass das extrem wichtig ist, weil wir haben das auch festgestellt an den Fallzahlen, dass immer weniger Leute, immer weniger Eltern ihre Kinder impfen lassen und das ist durchaus Besorgnis erregend, keine Frage. Und deshalb schließen wir uns nicht nur der Dringlichkeit an, sondern auch im Inhalt vollinhaltlich an und wir können anbieten, und das ist jetzt vielleicht auch interessant, dass aber die Impfstelle zur Verfügung steht. Die Impfstelle der Stadt Graz und dass hier sehr wohl vorbildlich diese Aufklärungsarbeit, diese Information gemacht wird, dass man seine Kinder ohne Sorge impfen lassen kann und es ist so, dass dieses persönliche Gespräch, das eben jetzt notwendig ist, um auf Gefahren auch beim Impfen hinzuweisen, eben erforderlich geworden ist aufgrund eines Gerichtsurteils, und ich glaube, das müssen

wir einfach zur Kenntnis nehmen, dass man diese Verantwortung so nicht mehr nehmen kann, ohne eben diese Voraussetzung zu erfüllen. Es ist so, dass diese Aufklärung auch durchaus, und da vertrauen wir eben darauf, dass dann der Gesetzgeber was macht, dass wir dann eine entsprechende Grundlage haben, das auch wieder in den Schulen zu machen. Weil es ist wirklich einfacher, wenn man das direkt in den Schulen macht und vor allem hoffen wir, dass wir damit die Impfraten, Durchimpfraten, wie das mit dem Fachausdruck heißt, wieder erhöhen können (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Mehr-Generationen-Spielplätze

GR. **Herper** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Bewegung und Spiel an der frischen Luft die Vitalität steigern, dass damit Ausdauer, Beweglichkeit, Koordination und Kraft gefördert werden, ist Tatsache. Das kommt ja nicht von ungefähr, dass wir uns auch mit unserem Nachwuchs regelmäßig viele Stunden im Freien oder auf Spielplätzen verbringen. Ich hoffe, bald auch mit meiner Enkelin.

Doch die Förderung von Bewegung, Spaß und Spiel im öffentlichen Raum sollte eigentlich nicht auf die Jüngeren und Jüngsten beschränkt bleiben - wirkt sich doch

das alles auch bei Erwachsenen positiv auf den Kreislauf aus, verbessert Gelenkigkeit, Schnelligkeit und Reaktionsvermögen. Vor allem: Solche Möglichkeiten sorgen für ein Mehr an Lebensfreude, wie wir das ja am Beispiel des SeniorInnenzentrums in der Theodor-Körner-Straße sehen, das über einen Fitnesspark verfügt.

Was in Graz allerdings noch fehlt, das sind Mehr-Generationen-Spielplätze, wie sie in Spanien längst Standard sind, wie ich sie selber gesehen habe, ich möchte auch gerne spielen, wie sie auch in Spanien längst Standard sind, das habe ich selber auch in Spanien gesehen. In den meisten größeren deutschen Städten wie auch in den skandinavischen Ländern sind sie Alltäglichkeit. Nämlich Spielplätze, die derart ausgestattet und ausgestaltet sind, dass sie sowohl von Kindern als auch von Erwachsenen genutzt werden können und allen Generationen etwas bieten können.

Solche Mehr-Generationen-Spielplätze sind nicht nur eine kostenlose Alternative zu teuren Fitnesscentern, siehe Innenstadt – sie fördern vor allem die Kommunikation, das Miteinander von Jungen und Älteren, den gemeinsamen Freizeitspaß im öffentlichen Raum und in frischer Luft. Sie sind Treffpunkte der Generationen. Wobei die Ausstattungsmöglichkeiten für solche intergenerative Spielplätze vielfältig sind: Das reicht von einfachen Bein- und Rückentrainingsgeräten über Balancierstrecken, einem kleinen Fitnessparcours? In Deutschland etwa gibt es auf solchen intergenerativen Spielplätzen zum Teil die ähnlichen Geräte wie für die Kleinen – nur eben stabiler und größer dimensioniert, ebenso aber auch Spielgeräte, die von allen gleichermaßen genutzt werden können. Wobei vor allem Erfahrungen aus Deutschland zeigen, aus deutschen Städten, dass diese generationenübergreifenden Spielplätze noch einen weiteren positiven Effekt haben: Man findet damit auch leichter Spielplatz-Paten und -Patinnen, die bereit sind, sich gemeinsam um solche Spielplätze zu kümmern – auch deshalb, weil solche intergenerativen Anlagen mehr als reine Kinderspielplätze und auch Bezirkstreffpunkte und im Grätzel und in Wohngebieten sind.

Deshalb namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion, und ich bedanke mich auch bei der Sozialstadträtin Martina Schröck für die Initiative, stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Fachabteilungen des Magistrats Graz werden beauftragt zu prüfen, wo und in welcher Form in Graz gemäß Motivenbericht Mehr-Generationen-Spielplätze nach spanischen und deutschen Vorbildern umgesetzt werden könnten. Dem Gemeinderat ist bis spätestens September dieses Jahres ein einsprechender Bericht vorzulegen. Ich bedanke mich (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag.^a **Taberhofer** zur Dringlichkeit: Liebe Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird Sie nicht verwundern, dass wir natürlich als KPÖ sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt dem Antrag zustimmen, sehen wir doch diese Initiative teilweise als Anerkennung unserer Bemühungen, die wir genau in diese Richtung schon seit einem Jahr gesetzt haben (*Applaus KPÖ*), weil so habe ich zum Beispiel am 20. Mai letzten Jahres bereits eine Initiative in diese Richtung eingebracht mit Standort Generationenspielplatz im Rösselmühlpark. Da wurde dann die Antwort gegeben, dass der Standort nicht so günstig wäre, aber im Zusammenhang dort, wo das Geriatriische Zentrum ist, wäre ein möglicher Standort, und das Interesse wurde bekundet. Zwischenzeitlich hat meine Bezirksratskollegin in Gries Inge Arzon verschiedene Aktivitäten in diesem Zusammenhang auch gesetzt. Vor allem auch im Zusammenhang mit dem Projekt Gesundes Gries, sie hat sich unermüdlich für die Idee dort eingesetzt, geworben, hat teilweise auch irgendwie Sponsoren für mögliche finanzielle Unterstützungen in diese Richtung geworben, und es ist im Rahmen des Projektes eine Zusicherung gekommen, dass ein kleiner Teil des Geldes für diese Initiative genutzt werden kann, geklärt werden muss jedoch vor

allem Aufstellung, Haftung und was den Generationen-Spielplatz anbelangt, und genau diesen Antrag habe ich in der letzten Gemeinderatssitzung gestellt und ich finde das natürlich immer positiv, dass im Interesse der Seniorinnen und Senioren vielfältig von verschiedenen Seiten her Initiativen gesetzt werden und deshalb freue ich mich durchaus darüber, dass die SPÖ auch in diese Richtung unterstützend wirken will, und für mich ist eben Prüfstein, inwieweit auf Perspektive in Zusammenarbeit sowohl die finanzielle Unterstützung als auch die Umsetzung dieses Generationenspielplatz erfolgen wird. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Hohensinner: Liebe Martina, lieber Karl-Heinz! Die ganze Sache ist eine nette und an sich wirklich zu verfolgende Idee. Im Ansatz gibt es ja schon ähnliche Projekte in Graz zum Beispiel der Lessingpark, Kollege Andi Molnar hat mir berichtet, dort schon gespielt zu haben, LKH Graz, da gibt es einen neuen Spielplatz, ich war selbst bei der Eröffnung dabei, habe dort spielen dürfen. Es gibt, was ich weiß, in Graz 16 Bezirkssport- und Spielplätze, die meisten sind so konzipiert, dass neben den Spielplätzen auch Sportmöglichkeiten sind und nicht zu vergessen der Klettergarten, da gibt es eine regelrechte Erlebniswelt im Leechwald. Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, aber sehr wohl dem Abänderungsantrag der grünen Fraktion. Bei aller Wichtigkeit dieses Anliegens muss ich schon eines sagen, liebe Martina, du bist ja selbst zuständig, du hast es auch gegenüber der Wochenzeitung erwähnt, Sozialstadträtin Martina Schröck klärt die Zuständigkeit, also du bist zuständig als Sozialstadträtin. Jetzt frage ich mich, warum nicht einfach machen, das Prozedere schaut so aus, du kannst als Fachstadträtin, gleich wie das der Detlev kann, gleich wie das der Gesundheitsstadtrat kann, ein Projekt entwerfen, könntest dann zur Abteilung für Grünlandplanung gehen, die würden das dann aufbereiten, und umzusetzen hätte das die Holding, was ich weiß. Also man könnte das so angehen. Ich möchte auch hinterfragen, das Instrument der dringlichen Anträge sehen wir als

eines an, wo wir wirklich ganz, ganz wesentliche Sachen auf die Tagesordnung beziehungsweise....

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Hohensinner:** Bitte? Mein Antrag ist, glaube ich sehr wichtig gewesen, was den Hochwasserschutz betrifft. Also das Instrument der dringlichen Anträge sollte man wirklich anders verwenden und was mir noch auffällt, und das müssen Sie auch irgendwie noch vertragen, die Prioritätensetzung. Ich habe mit vielen Leuten aus dem Sozialbereich diskutiert und die haben sich schon ein bisschen gewundert, warum die Sozialstadträtin dieses sicher wichtige Projekt ganz vorne anstellt. Also da gibt es einige Sachen, die wahrscheinlich aus meiner Sicht zuvor behandelt gehörten. Aber wie schon gesagt, wir werden der Dringlichkeit nicht stattgeben, aber sehr wohl nachher dem Abänderungsantrag der Grünen. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Zur Vervollständigung der Vaterschafts- und Mutterschaftsthematik, wer, wann, wo zum Thema Generationenspielplätze Initiativen gesetzt hat, es gibt in Graz einen dezidierten Generationenspielplatz, der in Kooperation umgesetzt wurde, und zwar beim Heim Rosenhain gibt es einen Generationenspielplatz...

Zwischenrufe unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Aha, Theodor-Körner-Straße, Verzeihung, an der Mur direkt, da war jetzt ein Knoten im Hirn, der gemeinsam umgesetzt wurde zwischen den GGZ, dem zuständigen Stadtsenatsreferenten und den damaligen Wirtschaftsbetrieben. Nur zur Vervollständigung der ganzen Diskussion.

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Wir werden der Dringlichkeit zustimmen, wir werden auch dem Abänderungsantrag des Kollegen Baumann zustimmen, weil ich auch der Meinung bin wie der Kollege Hohensinner, dass hier die Sozialstadträtin gefordert ist, selbst einmal auch in die Entwicklungsphase zu gehen, uns dann ein Konzept auch auf den Tisch zu legen, und wenn das auch von den Kosten her und vom Wert her für die Stadt auch vernünftig ist, dann wird man auch in weiterer Folge mit uns reden können. Ich denke aber trotzdem, und das sollte hier erwähnt werden, dass es im Sozialbereich, und das ist auch in diesem Bereich einzuordnen diese Thematik, dieses Vorhaben, dass es da viele andere Baustellen auch gibt, die, denke ich, wichtiger sind, wo auf einer Prioritätensetzung auch eher das Geld, es kostet ja was, auch in die Hand genommen werden soll und darüber hinaus, und das werden wir uns eben anschauen, es ist nicht unbedingt auch gesichert, dass dieses Vorhaben auch in Graz funktioniert. Es funktioniert in Skandinavien, es funktioniert in Spanien, aber dort ist auch die Mentalität eine andere und das gilt hier im Hinterkopf zu behalten. Aber nichtsdestotrotz wir warten auf das Konzept, sind gespannt und wenn das auch schlussendlich vernünftig ist, wird es dann in weiterer Folge auch von uns eine Zustimmung geben. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Herper**: Lieber Armin, bei aller Wertschätzung, aber wie ist die Mentalität zwischen Deutschen und Österreich so grundverschieden? Bei Spanien könnte ich es

noch verstehen, aber Skandinavien und Deutschland sind nicht so grundverschieden. Aber gut, ich meine, so differenziert, wie du das jetzt siehst, so sehe ich das gar nicht, sondern aus der Praxis dieser Städte in Skandinavien, Nordeuropa und Mitteleuropa da gibt es gewisse Ähnlichkeiten mit Graz, kann ich mir vorstellen. Was ich bei der ÖVP nicht ganz begreife ist, wenn sie schon dem Abänderungsantrag vom Kollegen Heinz Baumann ihre Zustimmung signalisieren, warum sie dann der Dringlichkeit ihre Zustimmung verweigern, lieber Kurt, es ist irgendwie widersinnig und polemisch zu sagen, die Martina Schröck möge sich um andere Dinge kümmern. Sie kümmert sich um sehr viele Dinge in ihrem Sozialbereich, sie hat eine Aktivität und Leistungskatalog, sie hat es heute schon in ihrer Anfragebeantwortung und wird es auch bei der Dringlichkeit noch einmal kundtun, also uns geht es darum, dass wir eine Idee, die sich in anderen Städten und Ländern durchgesetzt hat, dass wir die auch in Graz verwirklichen und ich kann durchaus auch dem Anliegen des Heinz Baumann etwas abgewinnen, deswegen appelliere ich noch einmal an die ÖVP, sich einen Ruck zu geben und der Dringlichkeit ihre Zustimmung zu geben. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Baumann** zum Antrag: Was nun dringlich ist und was nicht dringlich ist, entscheidet die Mehrheit des Gemeinderates, in dem Fall für die Dringlichkeit deines Antrages, Karl-Heinz. Ich finde es sehr löblich, dass du dich jetzt als Gemeinderat, als Klubobmann einsetzt für generationsübergreifende Spielplätze, übers gemeinsame Spielen, da gibt es auch von uns Grünen die Unterstützung. Es sind ein paar so Dinge gefallen, wo das schon in Ansätzen auch vorhanden ist in Graz, ich möchte eine Sache noch erwähnen, die es in Kürze geben wird, nämlich die Wohnstraßen. Die Wohnstraße, das sind doch die Plätze, wo Generationen sehr leicht miteinander in Kontakt kommen können, und so wie sie geplant sind, die Wohnstraßen, und

demnächst eröffnet werden, die erste in Eggenberg, werden wir da auch so etwas wie ein generationsübergreifendes Spielen ermöglichen. Aber schon angekündigt und bei der Dringlichkeit dazu schon Stellung genommen haben ja einige Kolleginnen und Kollegen zu meinem Abänderungsantrag, den ich hiermit formell stellen möchte.

Namens des Gemeinderatsklubs der Grünen-ALG stelle ich zum dringlichen Antrag des Gemeinderatsklubs der SPÖ folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat beauftragt Sozialstadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck unter Einbeziehung von Gesundheitsstadtrat Mag. Edmund Müller sowie mit Beratung oder in Beratung und durch Beratung des zuständigen Stadtrates für Jugend und Familie, Herrn Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg, ein Konzept für die Umsetzung von Mehr-Generationen-Spielplätzen für Graz zu erarbeiten und umzusetzen. Ich bitte um Annahme oder ich sage schon danke für die Annahme dieses Abänderungsantrages (*Applaus Grüne*).

GRin. **Bergmann:** Lieber Kurt, auf deine Wortmeldung hin muss ich mich einfach melden. Ich denke, der Gemeinderat hat schon viele Initiativen deinerseits beschlossen hier, wo ich mir persönlich manchmal gedacht habe, ob das jetzt unbedingt das Wichtigste für die Stadt ist, wie zum Beispiel der Mur-Beach oder andere Dinge, aber das sei dahingestellt (*Applaus KPÖ*). Ich glaube ganz einfach, deine Wortmeldung, deine abfällige Wortmeldung hat mich gestört zu diesem Thema. Ich glaube, dass das ein ganz wesentlicher und wichtiger Beitrag in der Stadt sein kann, ob das jetzt Senioren, Eltern oder Kinder sind und ich möchte hier auch mit einbeziehen Behinderte, es ist immer wieder, und da habe ich in der vergangenen Periode schon Initiativen eingebracht, dass unsere Spielplätze für viele behinderte Kinder kaum zu nutzen sind, also auch das sollte in dieses Konzept mit einfließen. Aber mein Vorschlag wäre, nachdem sich der Bezirksrat in Gries schon so intensiv mit diesem Thema beschäftigt hat, dass ja auch gerade der Ex-Stadtrat Herper sich bei dem Projekt gesunder Bezirk Graz eingebracht hat, dass dort Bezirksräte und auch

unsere Kollegin sich sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt haben. Es gibt hier bereits finanzielle Mittel zum Ankauf dieser Geräte, es gibt hier auch, und da hat die Kollegin Taberhofer in der Vergangenheit schon sehr viel recherchiert, welche Geräte sind sinnvoll, es gibt sogar in der Abteilung Grünraum schon einen Katalog dafür, was hier in Frage kommt. Es gibt, wie gesagt, die Finanzen, es gibt auch einen Standort, den man schon ins Auge gefasst hat, machen wir doch ein Pilotprojekt bei diesen Dingen, wo schon Vorarbeit geleistet wurde. Die einzige Frage, die hier noch offen ist, und das ist eine Frage, die jetzt geklärt werden muss in der Stadt, wer übernimmt für diese Geräte die Kosten für die Aufstellung und wer übernimmt die Haftung. Das betrifft auch Kinderspielplätze, es ist eine Haftungsfrage, es ist eine Wartungsfrage, wer wartet diese Geräte, und genau an diesem Punkt sind wir jetzt bei diesem Projekt angelangt, das noch zu klären ist. Und da bitte ich wirklich den Herrn Stadtrat Müller und die Frau Stadträtin Schröck, hier unterstützend einzugreifen, wo es möglich ist, Verhandlungen mit der Holding aufzunehmen, denn die Wirtschaftsbetriebe, so wie es früher eigentlich relativ einfach gewesen ist, die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsbetrieben ist eben jetzt komplizierter geworden. Also ich würde mir wünschen, wenn wir hier ein Pilotprojekt auf die Beine stellen, dieses evaluieren und wenn das ein Erfolg wird, dass wir dann dieses Konzept eigentlich auf weitere Standorte in Graz ausdehnen. Danke (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Antrag sind wirklich einige ganz wesentliche Fragen zu beantworten, die ich leider aus dem Antragstext des dringlichen Antrages nicht herauslese. Es ist sehr breit eigentlich die Intention dargelegt, keine Frage, aber ich frage mich genauso wie der Kollege Baumann erstens, warum macht nicht die Sozialstadträtin selber den Vorschlag erstens, die Frage ist, wie reiht sich das ein in die Prioritätenliste der Sozialstadträtin, weil wir diskutieren eigentlich in jeder Sitzung über die beschränkten Sozialressourcen, wir haben diskutiert lang über die Auswirkungen des „Sparpaketes“ unter

Anführungszeichen, im Landtag, ich sehe da hier einen zusätzlichen Aufwand. Ich sehe in keiner Weise irgendeinen Vorschlag der Budgetdeckung, wenn Sie reinschreiben würden, ja Sie haben schon entsprechende Sponsoren bei der Hand, die die Kosten übernehmen für Aufstellung und Betrieb, wäre das was anderes. Keine Auskunft diesbezüglich, ich sehe auch die Problematik, dass die Stadt Graz überhaupt zu kämpfen hat, die bestehenden Kindergartenplätze überhaupt am aktuellen Stand zu halten, der Prof. Mayer von der Kinderklinik hat sich jahrelang immer wieder bemüht und auch beanstandet, welche Gefährdungen es bereits bei den bestehenden Kindergartenplätzen gibt, auch das ist natürlich bei Mehr-Generationen-Plätzen zu erwarten, da gebe ich der Kollegin Bergmann vollkommen Recht, es ist auch die Frage wirklich der Haftung ganz eindeutig ausdiskutieren und darzulegen, wie die Übernahme der Haftungsfragen ist und diese Problematiken sind meines Erachtens im Antrag gar nicht berücksichtigt, sodass ich mich außerstande sehe wirklich, vor diesem inhaltlichen Hintergrund diesem Antrag zuzustimmen. Danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich möchte noch einmal kurz erwähnen, es gibt die Möglichkeit, ein bestehendes Exemplar eines Seniorenspielplatzes oder Generationen-Spielplatzes selbst zu besuchen und zu besichtigen und zu erleben, wie das funktioniert. Man braucht nur an der Mur entlang spazieren gehen und direkt beim GGZ, zwischen GGZ und Mur ist dieser Spielplatz angelegt, vor zwei Jahren eröffnet worden und ich nehme an, ist neben dem Kindergarten, also ist schön integriert dort.

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck:** Hoher Gemeinderat! Ich freue mich, dass dieses Thema, das ich am Sonntag medial präsentiert habe, hier so heiß diskutiert wird. Was mich schon ein bisschen wundert ist, dass man hier bei einem Projekt, das ein sehr schönes Projekt ist, sofort wieder die Kostendebatte führen muss. Und, Herr Klubobmann

Sippel, Sie stimmen sofort zu, wenn es darum geht, eine Haftungsübernahme für ein Fitness-Center zu machen, ohne mit der Wimper zu zucken, und dieses Projekt ist vergleichsweise ein Schnäppchen (*Applaus SPÖ*). Wir können einen bestehenden Spielplatz adaptieren, das ist jetzt keine Unsumme, von der wir da reden, und ich möchte jetzt noch einmal eines klipp und klar sagen, ja, ich bin Sozialstadträtin und ja, meine primären Aufgaben sind Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit in dieser Stadt, aber meine Aufgabe ist es auch, für ein gutes Miteinander zu sorgen, weil genau das bedeutet das Wort sozial, miteinander leben, in sozialem Frieden miteinander leben, und dieses Projekt ist ein Meilenstein, um diesem Ziel ein Stück näher zu kommen. Und ich verstehe jetzt auch die Diskussion innerhalb der ÖVP nicht ganz. Ich habe gehört, ich kann es nicht verifizieren, vielleicht macht es der Kollege Eisel-Eiselsberg dann selber, aber ich habe gehört, es hat schon einmal den Plan gegeben nach Rückkunft von einer Riga-Reise, wo in Kooperation mit dem Friedensbüro schon ein fixfertiges Vorhaben beziehungsweise Konzept für einen Mehr-Generationen-Spielplatz zur Umsetzung in Diskussion gestanden ist. Jetzt bringen wir dieses Thema ein und auf einmal ist das überhaupt nicht mehr so wichtig und man diskutiert über Prioritätenlisten. Ich kann Ihnen eines sagen, meine Prioritätenliste ist lang und Gott sei Dank bin ich multitaskingfähig (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GR. Grosz: Am Parteitag, Schuhe zu fotografieren.

GR. **Grosz:** Frau Stadträtin Schröck wir wissen, Sie sind multitaskingfähig, Sie sind immerhin auch imstande, bei SPÖ-Parteitagen ihre Schuhe ins Facebook zu stellen, daneben Parteiprogramme zu studieren, darüber auch abzustimmen und neue Parteivorsitzende zu wählen, was dabei herauskommt, wissen wir, wenn wir Ihren Sitznachbarn anschauen. Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Ich

bedanke mich durchaus für das Schauspiel der Ignoranz der tatsächlichen Probleme einer Stadt mit einem Ausgabenbudget von einer Milliarde Euro. Einige Zuseherinnen und Zuseher sind ja da, die wahrscheinlich auch sich erschrocken denken, jetzt schauen sie sich einmal den Gemeinderat der Stadt Graz und nun sitzen sie eine halbe Stunde auf der Tribüne und dann merken sie, wie da der Klubobmann Herper im Sandkasten der politischen Bühne sein rotes Schäufelchen auspackt, dann kommt der Schwarze, der dem Roten eine auf den Deckel gibt und sagt, nein, das ist mein Schaufel und mein Kübel, das darfst du nicht haben und dann eine Stadträtin, die sagt, nein, das ist überhaupt alles mein Sandkasten und das war meine Idee, und dann erleben wir durchaus das Schauspiel, dass der Gemeinderat der zweitgrößten Stadt Österreichs, acht Millionen Einwohner hat Österreich, zweitgrößte Stadt, hier sich eine Dreiviertel-Stunde über Spielplätze, Generationenspielplätze unterhalten kann. Am Höhepunkt der Auswirkungen der Wirtschaftskrise, wenige Tage nach dem 1. Mai, wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Osten in diese Stadt strömen und es zu einem Verdrängungswettbewerb kommt, wenige Wochen, nachdem die steirische Landesregierung das Belastungspaket schlechthin geschnürt hat, wo sie Behinderte und sozial Benachteiligte in dem Land belasten und fünf Monate, nachdem die Bundesregierung das größte Belastungspaket in der Geschichte der Zweiten Republik geschnürt hat, unterhält sich der Grazer Gemeinderat über Spielplätze. Sehr geehrte Damen und Herren, gratuliere Ihnen zu dem Einblick, den Sie in die Grazer Stadtpolitik somit erhalten haben, eindrucksvoll, Sie werden sich vielleicht sogar bei der nächsten Wahl überlegen, ob Sie überhaupt nicht mehr zur Wahl gehen sollten und zwar wegen latenter Hoffnungslosigkeit. Ich sage Ihnen, ich bewerte jetzt, um zum Inhalt zu sprechen, den Generationenkindergarten, -kinderspielplatz oder was auch immer überhaupt nicht, wir werden dem sogar zustimmen und zwar Ihrem Antrag, Herr Herper, und auch dem Abänderungsantrag von Herrn Baumann, weil er offenbar sinnvoll ist und eh schon bis zum würdigen Erbrechen hier eine Dreiviertel-Stunde lang ja optimal ausgeführt worden ist. Aber dass man eine Dreiviertel-Stunde für eure rot/schwarzen und grünen Spielplatzschauferln brauchen, das kann es nicht sein und da glaube ich, gut, das

„schwarz“ nehme ich sofort wieder heraus und entschuldige mich und hoffe, dass damit diese Debatte für heute beendet ist.

GR. Hohensinner: So, Gerald, jetzt hast aber wirklich dein oranges Küberl ausgepackt, muss man sagen, Beserl, genau, oranges Beserl. Ich möchte nur noch einmal sagen, wir haben uns nicht lustig gemacht, aber es ist schon ein bisschen kurios, dass die Sozialstadträtin, die sich selbst zuständig fühlt, einen Auftrag vom eigenen Klubobmann braucht, selbst aktiv zu werden. Zur Kollegin Bergmann möchte ich sagen, das ist schlichtweg falsch, ich habe nie in diesem Gemeinderat einen Antrag, schon gar nicht einen dringlichen Antrag zum Citybeach oder zum Murbeach gestellt, also bitte das zur Richtigstellung. Aber, liebe Frau Kollegin, aber du hast was Richtiges gesagt, es wäre ganz wichtig, die Kinderspielplätze barrierefrei zu machen und richtig, da habe ich bereits einen Antrag gestellt. Zum Kollegen Mariacher, ich gebe dir in dieser Sache Recht zum Thema Sparpaket, wir haben ein Sparpaket beschlossen, es wird gespart, was wichtig ist, ich bin auch bemüht, und sage das zu jedem Termin mit unseren Landespolitikern und bitte auch die Sozialstadträtin einzutreten, dass wir im Behindertenhilfebereich nicht nur aus der Gießkanne ein Viertel rausnehmen, sondern dass man eine Strukturänderung in der Sozialpolitik einleitet. Ich vergleiche die Landespolitik ist 2004 mit 100 Stundenkilometer gegen die Wand gefahren, hat den Retourgang eingelegt, ohne irgendwas zu ändern und fährt jetzt noch einmal mit 75 km/h durch die Wand. Ich bin da sehr selbstkritisch, man muss eine Strukturänderung einführen, und in der Jugendwohlfahrt hat es der Detlev Eiselsberg eindrucksvoll gezeigt mit der Sozialraumorientierung. Hier könnte man einige bürokratische Ebenen herausnehmen und wirklich den Menschen die bedarfsorientierte Hilfe anbieten, und noch ein Punkt zur Sozialstadträtin in der Prioritätensetzung, weil das stört mich wirklich, liebe Frau Kollegin. Ich habe dir ein Mail geschrieben von einer Familie, da ist der Treppenlift kaputt geworden, das hätte genau 600 Euro gekostet und die Mutter hat genau um vier/fünf Tage die Frist

versäumt und da erwarte ich mir wirklich von dir als Sozialstadträtin, dass man, auch wenn es rein rechtlich und gesetzlich nicht möglich ist, da über einen Paragraphen zu helfen, dass man einen Weg findet, wie man dieser Dame, der rein sachlich diese Hilfe zusteht, die nur eine Frist versäumt hat, dass man hier eine Hilfe anbietet, und das wäre eine Sozialpolitik, die wir brauchen. Ich habe das nicht in die Zeitung gegeben, ich bin einfach zu dir gekommen, aber da haben wir nichts zusammengebracht. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Baumann**: Bei diesem Ding da mache ich nicht mit. Es geht um eine Erweiterung des Antrages, des Abänderungsantrages in der letzten Zeile oder in der vorletzten Zeile, wo es vom Konzept ausgeht, dass wir da noch „unter Einbeziehung der Graz-Holding“ dazunehmen, damit man auch quasi da das Konzept, was die Pflege, die Aufstellung und die Pflege dieser Plätze angeht, dass man da auch bei der Konzeptierung dabei haben, wenn das in Ordnung geht, ich habe schon herumgefragt, dann bleibt dieser Antrag so mit dem Zusatz aufrecht. Das wollte ich noch zum sachlichen Teil dieses Abänderungsantrages sagen.

GR. **Hagenauer**: Ich wollte nur eine Anmerkung machen zum Begriff von Größe des Kollegen Grosz. Mit einem kleinen historischem Rückgriff. Im Jahre 1973 hat es eine Veranstaltung gegeben, steirische Akademie zum Thema Raumordnung, und dort war damals der amtierende Bürgermeister Götz, der einen ähnlichen Begriff hat oder in einer ähnlichen Tradition gestanden ist wie unser Freund Grosz. Was große Reiche und große Traditionen anbelangt, in einer Veranstaltung gesagt hat, da ist es gegangen um ein Verkehrsproblem, er könne sich nicht mit solchen Details beschäftigen. Ich zitiere das, weil das hat meine Einstellung durchaus geprägt, den Peter Atteslander, der damals dabei war, Schweizer Soziologe, er hat gesagt: Herr

Bürgermeister, alle großen Dinge zeigen sich im Detail. Und das ist der Punkt. Wenn jemand glaubt, hier nur reden zu müssen von irgendwelchen, in allgemeinen Phrasen und demagogisch, dann ist das nicht ein Zeichen von Größe, sondern dann ist das eigentlich erbärmlich, jedenfalls ein Armutszeichen. Alle Dinge, alle großen Dinge, Herr Kollege, zeigen sich im Detail, man steigt nicht in die Niedrigkeit, man erniedrigt sich nicht, wenn man sich mit solchen Fragen, wie mit dem Zusammenleben von Generationen, beschäftigt, in Gottes Namen. Und die zweite Anmerkung zu dem Vergleich, mit dem Lkw gegen die Wand fahren, möchte ich dem Kollegen Hohensinner jetzt gratulieren. Ich habe mich nie soweit vorgewagt, ich habe immer gesagt, sie haben den Karren in den Graben gefahren und lassen sich jetzt als Helden feiern, was können sie jetzt machen, also wenn man keine Alternative hat, ist man kein Held, stimme ich Ihnen vollkommen zu, und zweitens was natürlich ärgerlich ist, das sei mir noch gestattet zum Schluss, wenn dann jemand einen Autobus in den Graben hinunter fährt und man schreit eh schon die ganze Zeit vor, passt auf, da vorne kommt eine Kurve und die steigen dann aus aus dem verbeulten Fahrzeug mit dem Lenkrad in der Hand und sagen zu den Fahrgästen, bitteschön jetzt alle anpacken, weil wir müssen zusammenhalten, dann ist das nicht ganz die richtige Botschaft. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Herper:** Also ich hätte mir nicht vorstellen können, dass ein solcher Antrag Mehr-Generationen-Spielplätze sogar eine Sozialdebatte inspiriert, zu tiefsinnigen Kommentaren führt, was mich doch sehr überrascht hat, aber ich finde es toll, es zeigt auch, ich bedanke mich bei dir, Heinz Baumann, für die Kooperation, es zeigt ja, dass es auch eine Form von Größe ist, wenn man auf vernünftige Vorschläge anderer gerne eingehen will, und wir werden dem Abänderungsantrag unsere Zustimmung geben. Ich würde mich freuen, wenn wir uns gemeinsam, vielleicht wenn ich nicht mehr da bin, einige werden auch nicht mehr da sein, aber herzlich, wenn wir unseren

ersten Probelauf gemeinsam an einem solchen Mehr-Generationen-Spielplatz machen werden. Danke herzlich (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Jetzt kommen wir zum Abänderungsantrag, der vor dem Antrag abgestimmt wird. Der Abänderungsantrag wurde noch ergänzt, er liegt ja vor und er wurde ergänzt um die Einbeziehung der Holding Graz.

Der Abänderungsantrag von GR. Baumann wurde einstimmig angenommen.

4) Ausbau der Implacementstiftung für den Gesundheits- und Sozialbereich

GRin. **Haas-Wippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Haas-Wippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Betreuung pflegebedürftiger Menschen ist ein zentrales Thema unserer Gesellschaft. Zukünftig stellt uns die demografische Entwicklung vor große Herausforderungen, da besonders im Bereich der Hochaltrigkeit ein besonders starker Zuwachs zu erwarten ist und mit dieser Hochaltrigkeit sehr oft Multimorbidität und Pflegebedürftigkeit verbunden sind.

Nach dem aktuellen Pflegevorsorgebericht des Sozialministeriums werden derzeit rund 80% der pflegebedürftigen Menschen zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt. Es ist aber davon auszugehen, dass der hohe Anteil der pflegenden Angehörigen in den nächsten 20 Jahren zurückgehen wird.

Aus diesen genannten Gründen wird sich der Bedarf an qualifizierten Pflege- und Betreuungspersonen in den nächsten Jahren weiter erhöhen.

Österreich steuert in den nächsten Jahren auf einen dramatischen Pflegenotstand zu, denn es gibt bereits jetzt schon zu wenige Pflegepersonen – besonders betroffen ist hier der Langzeitbereich.

Die Implacmentstiftung des Arbeitsmarktservice als Vermittler von Aus- und Weiterbildungsangeboten im Gesundheits- und Sozialbereich, also Umschulungen von arbeitsuchenden Personen, hat sich in den letzten Jahren erfolgreich und als wirklich effizientes Instrument im Kampf gegen den Mangel an Pflegekräften etabliert.

Der Zugang zu den geförderten Gesundheitsausbildungen ist aber in Anbetracht des eklatanten Personalnotstandes zu eng geregelt, da die ArbeitnehmerInnen, die in einem unkündbaren Dienstverhältnis stehen und generell alle MitarbeiterInnen in den Gebietskörperschaften und Körperschaften öffentlichen Rechts von dieser Regelung ausgenommen sind.

Bisher blieb daher einer nicht unerheblichen Anzahl interessierter MitarbeiterInnen eine Ausbildung beziehungsweise eine Umschulung verwehrt.

In Anbetracht des fehlenden Pflegepersonals soll eine vereinfachte und eine breitere Möglichkeit für alle – und nicht nur für arbeitsuchende Personen – geschaffen werden. Es sollte auch wertvollen „Spätberufenen“ eine Ausbildung beziehungsweise eine Umschulung ermöglicht werden, um so einerseits den MitarbeiterInnen eine Ausbildungsschiene zu eröffnen und andererseits eine erfolgreiche Strategie zur Entgegenwirkung des Personalengpasses im Pflegebereich zu erreichen.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz möge im Petitionswege an die zuständigen Stellen im Bund herantreten, um eine Erweiterung des Aus- und Weiterbildungsangebotes für den

Gesundheits- und Sozialbereich mittels Implacementstiftung durchzuführen, damit auch den MitarbeiterInnen, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die Teilnahme an der Implacementstiftung ermöglicht wird. Ich bitte um breite Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Haas-Wippel**: Das ist wirklich eine große Freude für mich, weil heute ist der 12. Mai, der Tag der Internationalen Krankenpflege, der wird ja gefeiert, weil vor 200 Jahren eine echte Pionierin der Gesundheits- und Krankenpflege, die Florence Nightingale, die ihren Geburtstag gefeiert hat, und ihr zu Ehren feiern wir den 12. Mai als internationalen Tag der Krankenpflege. Und deshalb ist es für mich wirklich eine große Freude, wenn ich mit so einer breiten Zustimmung rechnen kann und ich danke ganz herzlich dafür (*Applaus SPÖ und Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Evaluierung der Auswirkungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Graz

GR. **Baumann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Baumann**: In meinem dringlichen Antrag spielt der Zeithorizont zum Unterschied von der Frage eine größere Rolle und wird quasi fokussiert auf eine Evaluierung der Einführung der Mindestsicherung und die Auswirkung dieser Mindestsicherung auf

die betroffenen Grazer und Grazerinnen. Ich denke, dass es im September schon soweit sein könnte, dass wir erste Ergebnisse und vielleicht auch erste Nachjustierungen diesbezüglich auch treffen müssen. Seit 1. März 2011 ist das Steiermärkische Mindestsicherungsgesetz in Kraft. Die Kritikpunkte zu diesem Gesetz sind bekannt und wurden auch im Grazer Gemeinderat bereits diskutiert und viele davon auch gemeinsam bekämpft. In der Folge skizziere ich nochmals jene Bestimmungen, die aus meiner Sicht besonders problematisch sind und sich auf jene Menschen in Graz, die von Armut bedroht oder betroffen sind, negativ auswirken werden:

- Die Mindestsicherung wird im Unterschied zur Sozialhilfe und zur Ausgleichszulage für PensionistInnen nur 12-mal und nicht 14-mal ausbezahlt werden.
- Die Mindestsicherung liegt mit 752,93 Euro netto deutlich unter der Armutsgefährdungsgrenze von 951 Euro.
- Der Richtsatz für Kinder wurde von 169 Euro monatlich auf 143,06 Euro monatlich reduziert.
- Der bisherige Rechtsanspruch auf den Aufwand für Unterkunft entfällt.
- Leben erwachsene Personen in einem gemeinsamen Haushalt, in einer Haushaltsgemeinschaft, wird eine Wirtschaftsgemeinschaft angenommen, wodurch es zu einer wechselseitigen Anrechnung des Einkommens und zu einer Reduktion der Ansprüche kommt. Besonders problematisch ist dabei, dass eine Beweislastumkehr erfolgt, das heißt, die AntragstellerInnen müssen den Nachweis erbringen, dass keine Wirtschaftsgemeinschaft vorliegt.
- Weiters, während der, und das ist ein sehr entscheidender Punkt auch, während die 15a-Vereinbarung festlegt, dass von Verwandten kein Ersatz für Mindestsicherungsleistungen verlangt werden darf (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), wurde mit dem Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetz der Angehörigenregress wieder eingeführt, das dürfte auch verfassungswidrig sein, wird auch bekämpft werden.

- Durch die 12-malige Auszahlung und die Reduktion der Richtsätze wird es zu einer Schlechterstellung der BezieherInnen im Vergleich zum Bezug auf Grundlage des Sozialhilfegesetzes kommen, für einige, wahrscheinlich für die meisten. Damit wird das in der 15a-Vereinbarung festgelegte Verschlechterungsverbot einfach ignoriert.

Daher ist zu befürchten, dass das Steiermärkische Mindestsicherungsgesetz dazu führen wird, dass sich die Zahl der von Armut betroffenen Menschen in Graz weiter erhöhen wird und BezieherInnen von Leistungen nicht länger über die notwendigen Mittel verfügen werden, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Auch ist nicht zu erwarten, dass mehr Menschen den Weg in den Arbeitsmarkt finden werden, da entgegen der ursprünglichen Ankündigungen offensichtlich nicht daran gedacht ist, zusätzliche Ressourcen dafür, wie das Case-ManagerInnen-Prinzip, zur Verfügung zu stellen.

Aus sozialpolitischer Sicht halte ich es daher für dringend erforderlich, dass sich die Stadt Graz früh genug mit den Auswirkungen des Mindestsicherungsgesetzes befasst, um 1. den politisch Verantwortlichen auf Landesebene die daraus entstandenen Konsequenzen zu verdeutlichen und um 2. selbst entsprechende Maßnahmen zu entwickeln, die geeignet sind, um gegenzusteuern.

Deshalb stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt Sozialstadträtin Drⁱⁿ. Martina Schröck, bis September 2011 dem Gemeinderat über die Auswirkungen des Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetzes auf die soziale Situation jener GrazerInnen, die von Armut bedroht beziehungsweise betroffen sind, zu berichten sowie über Maßnahmen zu informieren, die von Seiten des Sozialressorts der Stadt Graz geplant werden, um entsprechend gegenzusteuern. Ich denke, das ist ein Antrag auch in deinem Sinne

und hoffe auch um Zustimmung von allen anderen Fraktionen, danke schön (*Applaus Grüne*).

GRin. **Benedik** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Antragsteller, mit einzelnen Punkten im Motivenbericht sind wir nicht einverstanden, du bist nämlich in deinem Motivenbericht nicht ganz auf dem neuesten Stand. Hier hat es nämlich bereits Nachbesserungen gegeben, die du wahrscheinlich nicht gelesen hast, wundert mich, da gerade du dir kein Blatt vor den Mund nimmst und immer gerne als Besserwisser agierst. Ich will hier aber nicht näher ausführen, du kannst nachher gerne zu mir kommen, wir können das diskutieren. Wie gesagt, einzelnen Punkten im Motivenbericht stimmen wir nicht zu. Nichtsdestotrotz werden wir aber der Dringlichkeit zustimmen, da du ja die Auskunft über die Auswirkungen des Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetzes auf die soziale Situation der Grazer von Sozialstadträtin Drⁱⁿ. Schröck einforderst.

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Lieber Heinz Baumann, ich kann dem natürlich zustimmen, also ich werde diesem Auftrag des Gemeinderates natürlich sehr, sehr gerne nachkommen, das ist ja meine unmittelbare Aufgabe als Sozialstadträtin, mich um dieses Thema zu kümmern. Ich muss jetzt aber schon eines dazusagen, es gibt eine Formulierung in diesem dringlichen Antrag, mit der ich mir wirklich schwer tue: „entsprechend entgegenzusteuern“. Ich muss es hier herinnen noch einmal betonen, ich bin nicht die Person, die die Mindestsicherung irgendwie beschließt, verändern oder sonst irgendwas kann. Ich kann beziehungsweise mein Sozialamt kann das Landesgesetz einfach nur ausführen. Was wir tun können und was ich tun kann sind, politisch zu intervenieren beim zuständigen Landeshauptmannstellvertreter, das tue

ich laufend, ich habe erst gestern wieder ein Gespräch mit seinem Büro gehabt. Das Land Steiermark bekommt auch laufend Rückmeldungen von meinem Sozialamt, wo noch Nachbesserungsbedarf ist. Wie schon vorher erwähnt, es wird womöglich im Herbst noch einmal zu einer Änderung dieses Mindestsicherungsgesetzes kommen. Um wirklich entgegensteuern zu können, und manche Kommunen habe ich gehört, angeblich macht Linz das, zahlen die Mindestsicherung 13- und 14-mal aus, also zahlen diese, unter Anführungsstrichen, „Sonderzahlungen“ vom kommunalen Budget aus. Das heißt, um wirklich gegensteuern zu können, brauche ich Geld und ich mag nicht wieder hören, ich muss ein bisschen kreativ sein, um da irgendwas zu lösen, wir reden da wirklich von den Ärmsten der Armen, und da geht es um Geld und da geht es darum, dass, wenn wir da wirklich nachhaltig dagegen steuern wollen, dann müssen wir Geld in die Hand nehmen und dann muss ich dieses Geld auch zur Verfügung bekommen und das möchte ich hier noch einmal ganz klar festhalten. Wir werden auch einen entsprechenden Abänderungsantrag zu diesem monetären oder einen Zusatzantrag zu diesem monetären Zusammenhang einbringen, weil ohne Geld gibt es keine Musi (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Kollege Baumann, ich weiß nicht, hängt es mit dem GAK zusammen, dass du beim letzten Spiel warst gegen SV Allerheiligen, aber der Antrag ist in seiner Textierung gelungen. Ich glaube, bei so einer wichtigen gesetzlichen Änderung wie der Mindestsicherung ist es einfach wichtig, bei aller Kritik, die von diversen Seiten erfolgt ist (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), dass man zeitnah, wenn man Erkenntnisse hat, entsprechend evaluiert. Ich glaube, das ist absolut notwendig, um zu sehen, wo kann man auch hinsichtlich Verwaltungseinsparungen etwas machen und vor allem den Fokus darauf zu richten, wie schaut es mit der sozialen Treffsicherheit aus. Wo ist auch gemäß Prioritätenreihung der größte Bedarf, eine allfällige Nachjustierung zu machen, wo ist der Bedarf geringer beziehungsweise gar nicht vorhanden. Ich glaube, das ist ein

Gebot der Stunde, es geht nicht um viel Geld, es geht um viele, viele Menschen, die von dieser Mindestsicherung betroffen sind oder profitieren, je nachdem, wie man es sehen mag, aber im Antrag her vollkommene Unterstützung, dass das zu tun ist, und ich bin schon auf die Ergebnisse gespannt. Danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Grosz** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Bin über zwei Dinge sehr erstaunt, offenbar hat der Gemeinderat oder die Damen und Herren des Gemeinderates lernen können, dass bei der Formulierung des Antrages der GAK und das Spiel gegen Allerheiligen geholfen hat, mit Verlaub gesagt, Kollege Mariacher, ein größeren Schwachsinn habe ich von diesem Pult auch selten gehört, und die zweite bemerkenswerte Äußerung war jene der Sozialstadträtin, sie sagt, es stört sie die Formulierung „um entsprechend entgegenzusteuern“. Also jetzt bin ich kein Fan der Mindestsicherung und das gehört auch nicht zu meiner politischen Grundlinie, die Mindestsicherung, weil ich sie grundsätzlich für leistungsfeindlich halte. Aber der Vorschlag der Grünen und des Kollegen Baumann ist insofern richtig, dass die Stadt Graz, die ja hauptbetroffen ist vom Steirischen Mindestsicherungsgesetz unter allen steirischen Gemeinden, richtigerweise die Auswirkung auf ihren eigenen Gemeindebereich prüft und die Sozialstadträtin auffordert, in ihrem eigenen Ressortbereich entgegenzusteuern, um abzufedern. Und, Frau Kollegin Schröck, Ihre ursächliche Aufgabe ist es nicht, den Soziallandesrat Schrittwieser anzurufen, ihm ein herzhaftes Freundschaft Genosse zu wünschen und sagen, du, ich habe da einen Auftrag aus Graz, ich will es dir halt nur gesagt haben und damit habe ich meine Schuldigkeit getan und lege wieder auf. Ihre ursächliche Aufgabe ist auch nicht die politische Kapitulation, als Sozialdemokratin einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass Ihre Genossen auf Landesebene politisch Verrückte sind

und sich auf den Standpunkt zurückzuziehen, ich kann eigentlich eh nichts dagegen tun. Frau Sozialstadträtin, nehme ich selbstverständlich zurück, politisch Verrückte, offenbar jeden Tag mehrfach gegen die Wand gerannt, vielleicht ist das hilfreicher. Also jedenfalls, um entsprechend gegenzusteuern, diese Formulierung ist richtig (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und...

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Wir sind hier in einem Gremium, wo es allen ansteht, miteinander in einem Tonfall zu reden, der würdig ist und ich hoffe, das ist am Ende des Abends auch noch so.

GR. **Grosz:** Ja ja, selbstverständlich Frau Vizebürgermeisterin, so wie auch beim Punkt Kindergärten seniorenrechtliche und generationengerechte, habe ich gemerkt, wie würdig der Grazer Gemeinderat ist und vor allem auch die Wortmeldung des Herrn Kollegen Hagenauer. Aber wie gesagt, dass sie entgegensteuern muss, das ist ihr ursächlicher Auftrag und dass die Stadt Graz das evaluiert, ist ihre Verpflichtung und daher stimmen wir auch diesem Antrag zu, wiewohl wir nicht die Mindestsicherung unterstützen, weil sie leistungsfeindlich ist und weil sie schlussendlich im Sozialbereich der falsche Weg war.

GRin. **Haas-Wippel:** Also manches Mal habe ich wirklich das Gefühl, wir sind nicht in einem Gemeinderat, sondern in einem Kindergarten. Also mir tut es persönlich wirklich weh, wenn wir so in einem Ton miteinander umgehen. Das ist wirklich unserer Stellung als Politikerin, als Politiker nicht würdig, ich muss wirklich sagen, es ist erschreckend. So jetzt zum Inhalt, es hat die Frau Stadträtin Drⁱⁿ. Martina Schröck

schon ausgeführt: Es wird natürlich die Notwendigkeit gegeben sein, aufgrund der Mindestsicherung Maßnahmen zu ergreifen, hier und da nachzujustieren und schauen, wo sind die Auswirkungen, die wirklich abgedeckt werden müssen. Sie sieht das natürlich als ihre ureigenste Aufgabe an und sie wird das auch durchführen. Aber eines ist auch festzuhalten, wir brauchen dazu auch ein Budget, wenn wir zusätzliche Maßnahmen ergreifen, weil wir haben schon gehört, ohne Geld keine Musi, deshalb mein Zusatzantrag: Nachdem im dringlichen Antrag angesprochene allfällige Maßnahmen, die seitens des Sozialressort geplant werden, um entsprechend gegenzusteuern unter Umständen nicht über das laufende Budget des Sozialamtes abgedeckt werden können, da zurzeit der Budgeterstellung das Mindestsicherungsgesetz im Detail noch nicht bekannt war, ist von der Finanzabteilung zu prüfen, inwieweit dem Sozialamt zur Umsetzung zusätzlicher gegensteuernder Maßnahmen eine budgetäre Sonderdotierung zur Verfügung gestellt werden kann (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Also ich bin auch dafür, dass man immer seriös in diesem Gemeinderat verhandelt und diskutiert, ebenso bin ich dafür, dass auch Stadträtinnen, die in einer Regierung sitzen, seriös verhandeln und diskutieren und daraus entsteht dann ein Budget. Jedes Mal herzugehen und zu sagen, vom Sozialpass angefangen bis zu irgendwohin zu sagen, ja ich würde eh gerne arbeiten, aber leider kann ich das nicht, weil ich habe vorhin noch kein Budget bekommen, ohne sich anzuschauen, wie schaut die Situation aus und genau das ist, was der Herr Kollege Baumann gerne hätte, wahrscheinlich, nehme ich an, vielleicht sogar aus einem anderen Grund die Grünen, als es auch die ÖVP sehr gerne einmal auf dem Tisch hätte, wie wirkt sich diese Mindestsicherung denn eigentlich aus. Aber da herzugehen und quasi einen Freibrief zu wollen, zuerst brauchen wir einmal ein Geld und dann setzen wir uns vielleicht hin und fangen zum Arbeiten an und überlegen uns etwas. Faktum ist, dass wir nicht, bis heute nicht, wissen, wie sich jetzt die

Einsparungsmaßnahmen des Herrn Kollegen Schrittwieser auswirken auf die Stadt Graz, weil wir sind ja 60:40-Zahler, das heißt, eventuell hat die Frau Stadträtin Schröck jetzt ja Millionen übrig, weil sie diverse Dinge nicht mehr zahlen braucht, das alles wissen wir nicht, also von vorneherein herzugehen und sagen, jetzt gebt mir ein Geld und dann werde ich vielleicht zum Arbeiten beginnen, das halte ich wirklich schlichtweg für politisch eigentlich ein Skandal und das ist jetzt schon öfter passiert, und wie es passiert, wenn man das Geld vorher zur Verfügung gestellt hat, hat man gesehen bei den Sozialarbeitern, es ist im Hot-Spot, seit 14 Monaten ist das Geld zugesagt und da, der Letzte wird, so ich höre, jetzt angestellt, das hat acht Monate gedauert, bis man Personal findet, wo es immer heißt, es ist zuwenig Personal im Sozialamt und wenn es dann Geld gibt und auch die Zusage, man steht dahinter, dann wird es einfach nicht umgesetzt. Also ich würde schon bitten ein bisschen mehr politische Kreativität von jenen, die in dieser Stadt in Regierungsfunktion sitzen, auch wenn wir politisch in weiten Teilen eine Zusammenarbeit, eine enge, mit den Grünen haben, sind alle Stadtregerer, und jedes Mal nur herzugehen und zu sagen, dazu brauche ich eigentlich nur den Herrn Senatsrat Wippel, weil wenn ich ihm ein Geld gebe und sage, machen Sie was, Herr Senatsrat, hat er gute Ideen, da brauche ich keinen Politiker dann wählen, der dann auch noch in einem politischen Büro sitzt und angeblich die Verantwortung will. Also ich denke schon, Frau Stadträtin, das müssen Sie übernehmen, dass Sie uns entsprechend informieren, wie schaut es aus und uns dann davon überzeugen, dass tatsächlich irgendetwas noch in Ihrem Budget vielleicht verändert werden soll. Aber Sie sagen gar nichts, Sie sagen, Sie wissen nichts zur Mindestsicherung, Sie wissen auch nicht genau, wie sich das Sozialbudget entwickeln wird aufgrund der Vorgaben des Landes, aber für alle Fälle brauchen wir jetzt einmal per Antrag noch dazu, ich weiß gar nicht, ob das möglich wäre, einen solchen Antrag per Dringlichem zu stellen, so einen Abänderungsantrag, aber für alle Fälle hätte ich jetzt gerne ein bisschen ein Geld, weil dann fange ich mir vielleicht zu überlegen an, was ich mache. Also das ist wirklich politisch sehr wenig bisher und da wünsche ich mir schon, gerade von einer jungen Politikerin wie Ihnen, ein bisschen mehr Engagement. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.55 Uhr den Vorsitz.

GR. **Baumann:** Wir Grüne sind in diese Regierung gegangen und in mehr Regierungsverantwortung gegangen, auch mit der Aussage und der Verpflichtung, im Sozialbereich nicht zu sparen. Das ist uns auch in den ersten drei Budgets gelungen, also das ist unser Beitrag auch dazu, ein wenig distanzieren mich von diesen untergriffenen Dingen, die da jetzt gesagt worden sind. Aber, Martina, schau, was bleibt auch im Sozialbudget im heurigen über, es wird einiges überbleiben, es hat auch im letzten Jahr, wenn es Nachbedeckungen gegeben hat, immer auch im Pflichtleistungsbereich die Nachbedeckung gegeben selbstverständlich und drittens, wird es für das Budget 2012 Verhandlungen geben, wo dann deine Überlegungen miteinfließen werden und wenn sie die Zustimmung finden, um Armut zu vermeiden, dann wird es auch da ein wenig, oder wie auch immer, ausreichend Geld geben. Zum Zusatzantrag, wir werden diesem Zusatzantrag nicht zustimmen können, weil es auch gar nicht klar ist, ob dieser Zusatzantrag geschäftsordnungsgemäß möglich ist und die Klärung ist uns jetzt auch in dieser kurzen Zeit nicht möglich gewesen. Wie gesagt, die Ausführungen, vorher mehr Geld, wird in der Budgetverhandlung diskutiert, soll dort auch werden, wird im Stadtsenat diskutiert. Dazu gibt es andere Formate im Gemeinderat und in der Stadtverwaltung und ich bitte sozusagen, diese Teile dann auch in den Budgetverhandlungen, in den Vorverhandlungen, in den Vorschlägen einzubringen, dann werden wir uns als Grüne selbstverständlich dafür einsetzen, dass im Sozialbereich zum Unterschied vom Land in der Stadt nicht gespart wird. Dankeschön für die Annahme meines Antrages (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt kommen wir zum Zusatzantrag, den die SPÖ eingebracht hat, Frau Gemeinderätin Haas-Wippel. Der lautet: Nachdem im dringlichen Antrag angesprochene allfällige Maßnahmen, die seitens des Sozialressorts geplant werden, um entsprechend entgegenzusteuern, unter Umständen nicht über das laufende Budget des Sozialamtes abgedeckt werden können, da zur Zeit der Budgeterstellung des Mindestsicherungsgesetz im Detail noch nicht bekannt war, ist von der Finanzabteilung zu prüfen, inwieweit dem Sozialamt zur Umsetzung zusätzlicher gegensteuernder Maßnahmen eine budgetäre Sonderdotierung zur Verfügung gestellt werden kann.

Der Zusatzantrag von GRin. Haas-Wippel wurde mit Mehrheit abgelehnt.

6) Stadtbildverschandelung durch Gratiszeitungen und Prospekte

GRin. **Schloffer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuhörerInnen auf der Galerie! Betrifft die Stadtbildverschandelung durch Gratiszeitungen und Prospekte. In diesem Gemeinderat hat es schon viele Diskussionen über die Verschmutzung und Verschandelung des Stadtbildes gegeben. Mir geht es heute um ein Papierproblem.

Vor allem an Sonntagen werden viele Gratiszeitungen im Freien – auch vor Geschäftseingängen und dergleichen – deponiert. Das gilt auch für leer stehende Geschäfte. Dabei kommen die Betreiber meist erst montags in das Geschäft. In der Zwischenzeit liegen diese Zeitungen und auch Prospekte im Freien. Es gibt auch Wartehäuschen der Graz Linien, in denen Zeitungsstapel deponiert sind. Die werden gelesen, dann kommt der Bus, dann steigen die Leute ein, die Zeitung bleibt wieder

liegen. Die reinste Papierdeponie. Vor allem, wenn es starke Windstöße gibt, machen sich diese Zeitungen selbständig und flattern auf Gehsteige und auf die Straße. Es ist kein schönes Bild, wenn man sich an manchen Plätzen oder Straßen vorkommt wie am Rande einer Altpapierdeponie. Jetzt am Sonntag wieder, am 8. Mai 2011, war es besonders schlimm bei diesen Stürmen, es hat es jeder mitgekriegt. Auch wenn es regnet, kommt es zu Problemen. Das sind Zeitungen, wenn sie einmal am Boden liegen, die von niemandem mehr gelesen werden kann.

Auch die Schnürbänder für die Zeitungstöbe werden achtlos weggeschmissen und liegen tagelang herum, ohne von den Gehsteigen entfernt zu werden.

Es ist schon oft gesagt worden, was nicht alles die Touristen in unserer Stadt stören würde; die herumliegenden Zeitungsteile machen bestimmt ebenfalls kein schönes Bild.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt die zuständigen Stellen, auf die Zeitungs- und Prospektverteilerfirmen einzuwirken oder eine Verordnung herausgeben, aber was weiß ich, damit die Ablagerung von Gratiszeitungen und Prospekten im Freien nicht mehr abgestellt werden. Ich bitte um Ihre Zustimmung, ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt** zur Dringlichkeit: Werter Herr Bürgermeister! Wir werden dem Antrag weder in der Dringlichkeit noch im Inhalt zustimmen. Dringlich, glauben wir, ist es überhaupt nicht und inhaltlich würden wir auch sagen, für uns ist es halt wieder ein Zeichen, dass wieder ein Verbot mehr in dieser Stadt ist...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Mag. **Korschelt**: ...oder halt eine Aufforderung, aber auf das geht es ja hinaus, und wir glauben, dass es doch eine Einschränkung sowohl der Pressefreiheit ist, auch der Freiheit des Einzelnen. Also wir glauben, dass wir, natürlich in der Grundintention gebe ich Ihnen schon Recht, hie und da ist es natürlich nicht gerade schön, wenn ein paar Sachen liegen, aber auch Sie verteilen auch ein Gratisblättchen und auch ihr Gratisblättchen liegt hie und da vor der Türe, also sollte man im wahrsten Sinne des Wortes wirklich vor der eigenen Tür kehren. Wir glauben, dass man vielleicht mit den einzelnen Verteilerorganisationen, es gibt eh nicht so viele, ist eh fast alles in zwei Händen, dass man vielleicht da noch einmal reden sollte, sie darauf aufmerksam machen, dass es halt hie und da Geschäfte gibt, wo man von vorneherein sieht, da ist schon seit 14 Jahren kein Kunde mehr hineingegangen, also da muss es nicht unbedingt sein, aber sonst würden wir nicht zustimmen. Wobei ich immer wieder sage, und da schließt sich oft natürlich auch der Kreis Sicherheit, natürlich ist oft so, dass Nachbarn, die auf Urlaub fahren, dass dann Zeitungen oder Post vor der Türe liegt, aber das ist, glaube ich, in der Aufgabe des Einzelnen, dass er mit seinem Nachbarn halt einen Vertrag schließt oder bittet, dass, wenn etwas vor der Türe liegt, dass er das eben entfernen sollte, und für uns ist dieses Verbot oder Gebot oder wie Sie es auch immer nennen wollen darüber hinaus, wir wollen das nicht dann (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kollegin Gerti Schloffer! Es ist ein Thema, Sauberkeit ist ein Thema, das natürlich immer ein wichtiges Thema ist, in welcher Art auch immer auf uns zukommt. Es ist natürlich auch wieder so eine Geschichte mit dem dringlichen Antrag zu diesem Thema, weil

Sie sind eine langjährige Gemeinderätin, die mit einem Griff zum Telefon und mit einem Gespräch mit den zuständigen Stellen, durchaus einmal abfragen kann, was könnten wir machen, habt ihr nicht eine Idee. Ich denke, auf das läuft es ja dann hinaus, dass man sagt, ok, bitte redet einmal mit diesen Firmen, so einfach ist es nicht. Diese Firmen sind ja alle Auftragnehmer, diese Verteilerfirmen sind Auftragnehmer, ich habe mich da auch in der Wirtschaftskammer ein bisschen schlau gemacht, von anderen wieder, die ihr Material, ihre Werbung, ihre Zeitungen an den Mann bringen wollen und dem Kolporteur, der Kolporteurin zuzutrauen, abzuschätzen, wohnt da jetzt wer, ist da jetzt jemand nur eine Stunde weg oder ist jemand auf Dauer weg, da ist eine Tür verschlossen. Bei machen Objekten wird man es sehen, also ich glaube, wenn die sich zusammensetzen und eine vernünftige Vorgehensweise finden, dann kann man da sicher zu einer guten Lösung kommen. Aber ich bewundere aber auch Ihren Mut, den Sie mit diesem Antrag zum Ausdruck bringen, weil es ist schon mutig, wenn da vielleicht noch ein paar Journalisten im Raum sind, hören sie noch zu, aber Sie sagen da hier, ein großes Wort ganz gelassen, indem Sie den Satz einfügen, das sind Zeitungen, die niemand mehr lesen kann.

Zwischenruf GRin. Schloffer: Die am Boden liegen, vom Winde verweht. Die liegen ja dort und fliegen herum.

GR. Mag. **Frölich**: Das steht ja nicht da, das können die ja alle falsch verstehen. Aber wie immer es gemeint ist, der Regen bewahrt die Leser manchmal davor, die Zeitungen lesen zu müssen. Aber Fakt ist, dass wir der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen werden und hoffe, dass es da gute Gespräche geben wird und eine Lösung kommt. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Bei diesem Antrag, der zugegebenermaßen sehr lustig zum Lesen war, habe ich schon ein bisschen nachgedacht, weil es natürlich im Sinne des Umweltschutzes klar ist, dass da die Stadt nicht durch Zeitungen und Prospekte verschmutzt werden soll. Auf der anderen Seite muss ich Ihnen sagen, und das sage ich Ihnen jetzt auch in meiner Funktion als Fachgruppenobmannstellvertreterin in der Wirtschaftskammer, bei uns sind diese Leute Mitglieder, die diese Zeitungen verteilen, also die Kolporteurinnen und Kolporteurs, und ich habe mich wirklich auch mit dieser Gruppe, mit diesen Mitgliedern auseinandergesetzt und ich kann Ihnen sagen, das sind wirklich prekäre Arbeitsverhältnisse. Leute, die sehr, sehr schlecht bezahlt werden für das, was sie tun und meine Bitte ist einfach, dass sie auch an das denken, wenn Sie so einen Antrag schreiben, dass das Menschen sind, die zu sehr schlechten Arbeitsbedingungen arbeiten müssen und für die vielleicht auch gar nicht so einfach ist, jetzt die Zeitungen, also zu wissen, wo sie eine Zeitung hinlegen sollen, das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, den ich zu bedenken gebe, dass die Eingänge, die Sie da zitieren kein öffentliches Gut sind, das heißt, dass die Stadt Graz da oft überhaupt keinen Zugriff hat, irgendetwas zu verordnen oder zu erlassen und dass es eigentlich auch im Magistrat keine zuständige Stelle gibt und deshalb bin ich sehr froh, dass der Herr Gemeinderat Frölich das schon eingebracht hat, dass man da intensiv die Holding der Stadt Graz beschäftigen soll. Ich bitte Sie einfach, diese Punkte zu berücksichtigen auch das nächste Mal, wenn Sie einen Antrag schreiben, und wir werden dem Antrag trotzdem, also sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt, zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist meines Erachtens vom Inhalt her absolut gerechtfertigt, weil er einfach ein Thema aufgreift, das wir tagtäglich sehen, mit dem wir konfrontiert sind. Ich bin da überhaupt nicht bei der Kollegin Meixner, die meint, aufgrund der

Arbeitsverhältnisse, Arbeitssituation, aufgrund, ich ergänze es noch, aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Unternehmen, die verteilen, darf man da gar nicht das Thema aufgreifen, muss man wegschauen. Ganz im Gegenteil, ich finde das Thema gehört bearbeitet und das ist ein Thema, das wesentlich zum Umweltschutz direkt vor der Haustüre beiträgt, wenn man sieht die Gänge in den einzelnen Siedlungen, wo dann durch den Wind wirklich alle Prospekte und Zeitungen durcheinander gewirbelt sind, dass man sich schon kaum mehr durchgehen traut, weil hinaufsteigen will man auch nicht unbedingt. Ich denke mir nur, dass ein Ansatz gefunden werden muss, da bin ich mit den Vorrednern einig, hier etwas zu machen, ob das Telefonate sind, ob das Briefe sind. Auf jeden Fall, es muss irgendwelche Konsequenzen dieses Verhaltens geben, das einfach zu einer Situation führt, die wir eigentlich alle nicht haben wollen. Und da denke ich mir auch weiterhin gehend, ob nicht die Verteilerfirmen, die Prospektverteilerfirmen eigentlich im engeren Sinne, im engeren rechtlichen Sinne nicht Erfüllungsgehilfen sozusagen der Zeitungsherausgeber sind oder der Publikationen, die produziert werden. Und da meine ich, diese Herausgeber der Zeitungen, die letztlich dann vom Winde verweht sind, die wären eigentlich in erster Linie einmal zu kontaktieren, um hier wirklich Sorge zu tragen, dass eigentlich ihre Erfüllungsgehilfen, die Firmen, die sie beauftragen, hier kein Chaos anrichten, sondern wirklich zielgerichtet die Information an Mann, an die Frau, an die Familien bringen, die diese Zeitung lesen wollen. Das ist meine unabhängige Sicht, ich glaube nicht, dass es einen Sinn macht, hier wegzuschauen und sich auf Freiheit zu berufen, weil ich glaube, hier ist wirklich Ordnung, Sauberkeit einfach im Vordergrund stehend, es gehört einer Lösung geführt. Insofern werde ich den Antrag gerne unterstützen. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. **Schloffer**: Danke für Ihre Zustimmung. Es freut mich, dass Sie das Problem genauso sehen wie ich. Soviel ich weiß, Herr Korschelt, wird unser Stadtblatt von der Post verteilt und kommt in die Postbriefkästen hinein. Die dürfen nicht vor einer Türe liegen und vor einem Hauseingang oder vor einem Friseurladen, der am Samstag zusperrt und am Dienstag erst wieder aufsperrt und in der Zwischenzeit dort liegen bleibt und vom Winde verweht wird, und dann wird draufgeregnet. Mir geht es um diese, nicht die in die zwei/drei Stock hohen Häuser drinnen liegen, vor jeder Wohnungstür. Mir geht es um diese Zeitungen, die bei mir in der Feuerbachgasse vor der Friseurin liegen, die vor der Videothek liegen, die vor den Pubs liegen, die am Sonntag in der Früh hingelegt werden und vielleicht erst am Montag, Friseurin kommt am Dienstag, bis dorthin ist das Blattl schon fort, aber sie hat sie zu Hause vor in der Wohnung schon gelesen, die sie bekommen hat trotzdem. Mir geht es um diese Zeitungen, die am offenen Gehsteig vor den Geschäften hingelegt werden.

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Stadtzeitung.

GRin. **Schloffer**: Bitte? Die Stadtzeitung. Natürlich, wir freuen uns alle, wenn wir in diesen Gratiszeitungen ab und zu abgedruckt sind mit einem Bild und die unsere Anliegen abdrucken. Natürlich bin ich auch froh, wenn ich auch ab und zu drinnen einmal erscheine, was nicht sehr oft ist. Ich weiß, ich trage das Problem schon wirklich lange mit mir herum, aber wenn ich denke, wie es zu Ostern ausgeschaut hat, wie wird es dann zu den Pfingstfeiertagen wieder ausschauen, die Leute sind nicht da, die Geschäfte haben zu und die Zeitungen liegen ein paar Tage am offenen Gehsteig. Um diese Zeitungen geht es mir, nicht die, die in den Wohnungen drinnen bitte verteilt werden, überhaupt nicht. Das eine Problem ist ja auch noch, es gibt heute in den meisten Häusern schon bald keine Hausmeister mehr, gäbe es Hausmeister, die

würden das ja eventuell am Montag wegräumen oder vielleicht sogar am Sonntag, die meisten Häuser haben die Putzfirmen, die kommen einmal in der Woche, da wird einmal zusammengeräumt und dann liegt der Dreck die restliche Woche am Gehsteig. Es ist einfach so, es klaubt ja keiner zusammen. Und um das geht es mir, diesen Müll, diese Zeitungen, die am Südtirolerplatz, ob in der Herrengasse, vor den geschlossenen Geschäften liegen, dass die nicht hingelegt werden sollen. Frau Pavlovec-Meixner, und genau das ist das, warum ich mir so lange Zeit lassen habe mit diesem Antrag. Ich weiß es, den Letzten beißen die Hunde, ich habe lange gerungen, aber der letzte Antrag vom Kurt Hohensinner hat mich dazu motiviert, der über die Tschickstummel stolpert, aber die Zeitungsblattl sieht er nicht. Aber, warum gibt es solche Arbeitsplätze, warum kriegen die Leute so wenig bezahlt, dort müsste man anfangen, das ist ja das Problem, ich weiß, sie kriegen pro Stückzahl bezahlt. Jetzt tun sie weniger Blattln austeilten, weniger Zeitungen, kriegen sie weniger, ich weiß, warum kriegen sie von den anderen nicht mehr? Das ist ein arbeitsmarktpolitisches Problem. Ansonsten danke ich herzlichst für Ihre Zustimmung und ich hoffe, wir können damit eine gescheite Lösung finden. Ich habe natürlich nicht die Wirtschaftskammer angerufen so wie der Herr Frölich, ich habe gedacht, vielleicht bekomme ich hier herinnen in diesem Haus eine Hilfe für das Problem. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

7) Maßnahmenpaket Verkehrsanbindungen

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mein dringlicher Antrag betrifft ein Maßnahmenpaket bezüglich Verkehrsanbindungen für Graz. Graz trägt zu Recht oder auch nicht zu Recht eine Fülle von Titeln, die natürlich auch dazu beitragen oder, das hoffen wir zumindest

alle, dass Graz auch aus touristischer Sicht an Attraktivität gewinnt. Gerade auch eine Stadt, die, wie auch immer vom Herrn Bürgermeister erwähnt, im Wachsen begriffen ist, sollte danach trachten, nicht völlig von der Außenwelt abgeschnitten zu werden. Weil ich möchte eines nicht haben und zwar, dass die Stadt Graz in Zukunft sich den Titel umhängen muss Stadt der Unerreichbarkeit. Deswegen ist auch festzuhalten und leider Gotte in letzter Zeit zu beobachten, dass zahlreiche Zugverbindungen, insbesondere die Zugverbindung, die Direktverbindung Graz – Linz aber auch Graz – Salzburg in Bälde, zumindest wird darüber diskutiert, demnächst eingestellt werden und dass auch die Frequenz hinsichtlich der Busanbindung durch die steirische Verkehrsverbund GmbH in den letzten Jahren massiv auch nachgelassen hat.

Ebenso Besorgnis erregend ist auch das Bild, das die direkte Erreichbarkeit unserer Stadt auf dem Luftweg zeigt. Natürlich hat das auch damit zu tun, dass jetzt, wie auch zu lesen war, der Flughafen Graz-Thalerhof um 20 % abgewertet worden ist. Zahlreiche Städte Europas können von Graz aus nur über Verkehrsknoten angefliegen werden, und auch die AUA hat in den letzten Jahren die Direktflüge von Wien insbesondere auch nach Graz reduziert. Und das Ganze führt auch natürlich zu einer Schwächung des Wirtschaftsstandortes Graz, weil es ist ganz klar, jemand, der hier auch investiert und vielleicht einen Firmenstandort errichtet, braucht natürlich auch eine dementsprechende Verkehrsanbindung und zwar eine Verkehrsanbindung, dass er, wenn es sein muss, in der Früh in Graz landet und am Abend auch wieder nach London beispielsweise, was ja nicht mehr möglich ist, auch am gleichen Tag wieder nach London verlassen kann

Und dieses Problem gibt es auch in anderen österreichischen Städten, nur dort hat man sich auch dazu durchgerungen, Lösungen anzugehen, und ich möchte hier ein Beispiel bringen, wie es Salzburg gemacht hat, und zwar die Stadt Salzburg und das Land gemeinsam, wo man etwas Geld in die Hand genommen hat, um Marketingmaßnahmen auch durchzuführen und zwar mit Billig-Airlines, wo man Inserate geschaltet hat, wo man Werbung gemacht hat für das Land Salzburg und zwar in dem Sinn eine vernünftige Werbung, weil auf diesen Webseiten der Billig-

Airlines sind unglaubliche Zugriffsraten auch zu vermelden und das hat zur Folge gehabt, dass zum Beispiel die Air Berlin insgesamt mit zehn Flügen mehr die Stadt Salzburg im Monat auch bedient.

Ich glaube, dass es hier, und in den einzelnen Bereichen hat es immer wieder auch dringliche Anträge gegeben, hinsichtlich ÖBB, beispielsweise Graz-Linz,

und ich glaube, dass es hier notwendig ist, auch ernsthaft einen Maßnahmenkatalog zu diskutieren, vorzustellen und dann auch umzusetzen.

Und deshalb stelle ich meinen

dringlichen Antrag:

Der Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, während der Sommerpause des Grazer Gemeinderates, also in nächster Zeit, eine Enquete auszurichten, die sich ausschließlich mit der infrastrukturellen und verkehrstechnischen Anbindung beziehungsweise Erreichbarkeit unserer Stadt befasst. Die Zielsetzung dieser Veranstaltung wird dahingehend definiert, dass Vorschläge und Initiativen zur nachhaltigen Verdichtung der Anbindung unserer Stadt hinsichtlich der Bus-, Zug- und Flugverbindungen erarbeitet und präsentiert werden können. Die hierbei erzielten Ergebnisse mögen dem Gemeinderat zur weiteren Behandlung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Herr Bürgermeister Nagl wird in diesem Zusammenhang ersucht, zu dieser Enquete folgenden demonstrativ – also keineswegs abschließend - angeführten Personenkreis einzuladen:

- Vertreter aller Parteien im Grazer Gemeinderat,

- maßgebliche Vertreter und Experten aus den Reihen der Beamtenschaft beziehungsweise qualifizierte Mitarbeiter aus den städtischen und den stadtnahen Betrieben,
- entscheidungsbefugte Vertreter der ÖBB und der für Graz relevanten Fluglinien,
- Repräsentanten der wesentlichen in unserer Stadt angesiedelten Handels-, Wirtschafts- und Gewerbebetriebe,
- Medienvertreter.

Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Herr Kollege Sippel, wir unterstützen den dringlichen Antrag naturgemäß voll und ganz. Wiewohl ich auch jetzt gerade in den Reihen von Gemeinderäten auch einen sehr vernünftigen Vorschlag gehört habe, dass natürlich auch der kürzere Weg es ist, mit dem Verkehrslandesrat der Steiermark, meines Wissens Dr. Gerhard Kurzmann, auch diesbezüglich Kontakt aufzunehmen. Man kann nicht einerseits einen in der Landesregierung haben, der dafür zuständig ist, aber dann die Zuständigkeit wie ein Magnet immer an sich ziehen, das stimmt schon. Das, was aber der Antrag durchaus anspricht, ist das Problem, jetzt nicht die Flugverbindungen, aber das Problem mit den Österreichischen Bundesbahnen. Die Österreichischen Bundesbahnen haben in den letzten fünf Jahren bewiesen, dass sie 1,3 Milliarden Euro in den Sand setzen, 300 Millionen Euro durch Spekulationsverluste, durch Geschäfte, die mitten ins Kriminal führen und fast eine Milliarde Euro durch die Übernahme von...

Zwischenruf GR. Hagenauer: Lauter Grüne.

GR. **Grosz:** Nein, überhaupt kein einziger Grüne dabei, ganz im Gegenteil, ich bin mit der Abgeordneten Moser genau in dem Ausschuss, ÖBB Rechnungshof-Unterausschuss, bilden wir da eine Allianz, Sie werden es nicht glauben, weil die ist im Gegensatz zu Ihnen ein wenig toleranter. Auch wenn es darum geht, gemeinsam Anliegen durchsetzen und ist auch intelligent genug und hat die Größe, nicht zu glauben, den Stein des Weisen gefressen zu haben mit dem Silberlöffel. Und 700 Millionen Euro Verluste allein durch den Kauf der MVK in Ungarn und zusätzliche 300 Millionen Euro an Wertberichtigungen. Alles die Großtat der Haberzettels, der Böhakers, der Poschalkos, der Hubers, der Frau Bures und des Herrn Faymann der letzten vier Jahre, 1,3 Milliarde Euro. Und dann erleben wir als Stadt, umgeben von einem ländlichen Raum, dass die Verkehrsverbindungen gerade für die Pendlerinnen und für die Pendler, aber für jene, die die Bahn nutzen wollen, immer mehr ausgedünnt werden. Das kann es nicht sein und daher verstehe ich auch, dass sich eine Stadt zur Wehr setzt und auch das mit dem heutigen Antrag macht. Und wenn wir gerade über die ÖBB reden, wäre es durchaus gescheit, nicht die Menschen, so wie es die ÖVP will, mit 53 in Pension dort zu schicken, Privilegienpensionen, das soll man einmal einem Mann erklären, der 65 Jahre alt ist und 45 Jahre gehackelt hat, dass bei der ÖBB am SPÖ-Betrieb dort die Leute dann mit 53 in Pension gehen, so wie Sie es fordern, Ihr Verkehrssprecher Ferry Mayer, da könnte man nämlich genau jene für die, die ÖBB keine Verwendung mehr hat, Fahrerinnen und Fahrer der ÖBB dafür einsetzen, dass sie die Linienverbindungen aufrecht erhalten. Da brauchen wir nämlich keinen Einzigen in Pension schicken, sondern den natürlichen Abgang abwarten, das sind 1.300 MitarbeiterInnen im Jahr, die natürlich in die Pension abgehen, dann wird sich die ÖBB auch gesunden, und auf der anderen Seite hätten wir Mittel frei, nämlich personelle Mittel, damit die ÖBB auch die

Streckenverbindungen in der Steiermark aufrecht erhalten kann. Das würden wir gerne in dieser Enquete, die Armin Sippel vorschlägt, einbringen.

GR. **Mayr:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Sippel! Das Thema ist absolut dringlich, da hast du vollkommen Recht. Was mit den überregionalen Verbindungen in letzter Zeit gerade für die Steiermark passiert ist von Seiten der ÖBB, aber natürlich auch in anderen Bereichen, das können wir als Standort, als Wirtschaftsstandort, als wichtige Verkehrsfunktion für das gesamte Umland, für den Zentralraum in der Form so nicht hinnehmen. Das tut die Stadt Graz auch nicht. Es gibt zahlreiche Bemühungen, es ist zum Glück gesichert worden, dass Intersky und Air Berlin die Flugverbindungen aufrecht erhalten kann, die gesamte Stadtregierung, der Herr Bürgermeister, die Frau Vizebürgermeisterin bemühen sich, mit der zuständigen Bundesministerin, mit der ÖBB ins Gespräch zu kommen, im Gespräch zu bleiben, die wesentlichen Verbindungen für die Steiermark aufrecht zu erhalten. Also ein ganz zentraler Punkt, der Antrag ist gut, wir hätten nur einen kleinen entscheidenden Verbesserungsvorschlag und den möchten wir im Zuge eines Abänderungsantrages der Fraktionen der SPÖ, der Grünen, der KPÖ und der ÖVP gerne einbringen. Es wäre folgender Verbesserungsvorschlag, den schon der Kollege Grosz vom BZÖ angedeutet hat. Man könnte den direkten Weg gehen. Wäre es nicht sinnvoll, und das ist unser Eindruck, wenn wir die Enquete direkt vom zuständigen Verkehrslandesrat Dr. Kurzmann initiieren lassen, dass er wirklich von seiner Seite, von der Seite des Landes aus alle relevanten Player an einen Tisch holt in diesem Sommer und von sich aus, das ist seine Aufgabe, er hat leider jetzt im letzten halben Jahr nicht wirklich die Möglichkeit gehabt anscheinend aus seiner Sicht, er hat eher von Abstrichen und vom Zusperrern und vom Nichtrealisieren gesprochen, aber wir wollen ihm wirklich die Chance geben, hier eine Initiative zu setzen und wir bringen daher gemeinsam einen Abänderungsantrag ein, der im Wesentlichen den Inhalt deines Antrages enthält, aber den entscheidenden Unterschied ausmacht, wir

bitten darin den Landesrat Kurzmann, im Sommer diese Enquete zu den wesentlichen Themen zu bringen. Wir haben sonst nicht sehr viel geändert, die wesentlichen Themen hast du ja schon hier aufgezählt, wir haben natürlich auch noch einen gewisser Genderaspekt in der Sprache des Antrages untergebracht, aber sonst haben wir einfach Nagl mit Kurzmann ersetzt. Danke zunächst einmal, und die ÖVP stimmt natürlich der Dringlichkeit zu und danach dem Abänderungsantrag (*Applaus ÖVP*).

GR. **Hagenauer:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer! Zuerst zur Bedeutung des Themas, steht außer Streit, die Fernverbindungen, und wir sollten uns auf die Fernverbindungen bei einer derartigen Enquete konzentrieren und den Regionalverkehr, der auch eine Debatte wert ist, um das Ganze zum Erfolg zu führen, bei dieser Sache nicht behandeln. Standort und Fernverkehr sind natürlich sehr eng verbunden und es steht für uns außer Zweifel, dass das Thema große Bedeutung hat, daher auch eine Enquete berechtigt ist, gerade aus der aktuellen Situation heraus. Ich habe mir ganz kurz heute angeschaut, um das zu illustrieren: Die Fahrzeit mit dem Zug von Graz nach Linz beträgt also dreieinhalb Stunden. In der Zeit, wenn ich jetzt, als Beispiel habe ich mir herausgesucht vergleichbare Stadt, Mannheim, ungefähr gleich groß, ehemalige Residenzstadt, Uni, durchaus vergleichbar. Von Mannheim aus sind Sie schneller in Paris, schneller in Bern, schneller in Zürich, schneller in München, schneller in Hannover usw. Insgesamt zirka 100 Millionen Einwohner können von Mannheim aus in derselben Fahrzeit oder schneller erreicht werden als etwa von Graz, da sind es zirka 8 bis 9 Millionen, die wir in der Zeit erreichen können. Wir haben also von Graz nach Zagreb, das sind lumpige 200 Kilometer, wesentlich größere Fahrzeiten, als etwa ein Mannheimer nach Amsterdam oder nach Paris hätte. Das zeigt schon die enorme Brisanz, weil dahinter ja natürlich noch ein viel ernsteres Problem steht als die momentanen wirtschaftlichen Nachteile, nämlich die Dynamik. Wenn Sie sich anschauen, in welcher Geschwindigkeit das Bahnnetz ausgebaut wird, dann verstärken sich diese Unterschiede noch und wenn Sie noch bedenken, was das

auch in einer innovationsorientierten Gesellschaft, wo die Kontakte enorm wichtig sind, bedeutet, dass Sie nämlich in eine Bewusstseinsrandlage kommen, dann halte ich das für noch das gefährlichere Thema als die Reisezeit alleine. Und noch kurz zwei Anmerkungen, die angesprochen worden sind, also erstens vorweg, wir bringen einen Abänderungsantrag ein, das ist schon angekündigt worden, zweitens zum Thema Fluglinien noch ganz kurz eine Anmerkung. Parallel zu dem, was jetzt gesagt wurde zum Thema Bedeutung der Flugverbindungen, und damit das klar ist, in der Tat bei den schlechten Bahnverbindungen, die wir haben, ist eine Flugverbindung wichtiger, das ist richtig, aber uns von Ryan-Air ausspielen zu lassen und vorzugsweise übrigens mit Klagenfurt, das ist jetzt mein Abschluss, das halte ich für nicht so gelungen, weil unser größter Konkurrent, und diejenigen, die uns noch Defizite bescheren, weil natürlich Air Berlin und Ryan-Air zu uns kommen und sagen, ja schaut uns an, was wir von Klagenfurt bezahlt bekommen und von Kärnten, sprich gezahlt bekommen, das haben wir nicht notwendig, zumal jene Subventionen, mit denen uns geschadet wird, bei unserem Unternehmen Thalerhof geschadet wird, woher kommen denn die? Die kommen aus dem ominösen Zukunftsfonds und woher kommt der, aus unserer Geldtasche. Wenn wir wissen, wie die Hypo und wie das Land Kärnten finanziell dasteht Summa Summarum, ich glaube, ich habe an der Stelle das Wort Projektion schon einmal verwendet, wenn ich das richtig sehe, Herr Kollege Grosz, immer wird davon geredet, was eigentlich selber man das größte Problem hat, ich wundere mich nur, wie man als BZÖler und Angehöriger des nationalen Flügels das Wort Postenschacher und Misswirtschaft im Zusammenhang mit der Bundesbahn in den Mund nimmt, da schweige ich einfach am besten. Wie viele Leute hat denn die FPÖ in das Unternehmen hineingedrückt und mit welchem Ergebnis, wir können uns ja noch erinnern und wir können uns noch erinnern an diese Lichtgestalten im Verkehrsministerium von Schmid, der als erstes das Ende des Semmeringtunnels angekündigt hat, über die Frau Forstinger, die eben genau diesen katastrophalen Gesamtverkehrswegeplan auf die Schiene gebracht hat und vom Herrn Reinhold fällt mir nicht mehr viel ein. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Für den Wirtschaftsarbeitsplatz, Wissenschaftsstandort Graz, noch dazu im Hinblick auf Kulturdestination und Tourismusstandort und im Hinblick auf unsere internationale transkontinentale Vernetzung als Design-Stadt Graz sind überregionale Relationen lebens- ja sogar überlebensnotwendig. Und deswegen ist das auch ein sehr dringliches Thema. Wir haben ja mehrmals alle Fraktionen und wir als sozialdemokratische auch zuletzt auch einen Dringlichen eingebracht zur Verbindung Graz-Linz und das ist nur die logische Konsequenz und die logische Fortsetzung, danke, Armin Sippel, dass du das wieder einmal aufgreifst. Es ist im Interesse, es gibt ja Resolutionen, Vollversammlungen, ob das bei der Wirtschaftskammer oder bei der Arbeiterkammer ist, aus aktuellem Anlass und wir brauchen die Druckverstärkung, wir brauchen diesen Druck in Richtung auch der Überregionalität und deswegen unterstützen wir sehr die Dringlichkeit dieses Anliegens im Interesse der Grazerinnen und Grazer und wir haben uns auch gemeinsam entschlossen, einen Abänderungsantrag zu stellen, weil es muss auch der Schulterschluss mit dem Landesverkehrsreferenten Dr. Kurzmann hergestellt werden und in die Verantwortung genommen werden. In diesem Sinne danke, und wir unterstützen den Abänderungsantrag (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Sippel:** Recht herzlichen Dank einmal als Erstes, dass dieses Thema auch in seiner Wichtigkeit erkannt worden ist. Ich möchte zum Abänderungsantrag Folgendes sagen: Selbstverständlich wird auch der Verkehrslandesrat Interesse haben, dass die Landeshauptstadt Graz eine bessere infrastrukturelle und verkehrsmäßige Anbindung erfährt. Ich glaube auch, was den Tourismus betrifft, ist das für das Land Steiermark sehr, sehr wichtig. Allerdings muss es natürlich klar sein, dass auch ein Herr Verkehrslandesrat nicht auf die Entwicklung beispielsweise des Grazer Flughafens, den ich ja auch mit seiner Abwertung etc. die er ja erfahren hat leider Gottes, auch in meinem Motivenbericht drinnen habe, darauf wird er keinen Einfluss nehmen

können, und es ist halt wieder die Tendenz zu merken, Verantwortung wieder auch etwas abzuschieben. Nichtsdestotrotz bin ich sicher, dass der Herr Landesrat diese Aufgabe, die ihm jetzt gestellt wird mehrheitlich, auch wahrnehmen wird und da mit Sicherheit auch eine Enquete ins Leben rufen wird mit allen notwendigen Beteiligten und ich bin mir sicher, so wie sich das jetzt hier angehört hat, dass die von Erfolg gekrönt sein wird. Aber ganz aus der Verantwortung sollte man hier auch die Verantwortlichen in der Stadt Graz nicht entlassen und ich appelliere wirklich, auch hier Zusammenarbeit, auch was das Organisatorische betrifft, zu leben, aber nichtsdestotrotz glaube ich, dass das Landesratsbüro des Dr. Gerhard Kurzmann organisatorisch so eine Enquete auf die Beine stellen kann und wird. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl** zum Antrag: Ich darf vielleicht auch persönlich zu dieser Diskussion zum wiederholten Male ein paar Dinge ausführen. Erstens: Die Stadt Graz hat die Verantwortung für den Flughafen übernommen, als sich viele andere, wie auch bei der Messe etc., verabschiedet haben, wir haben diesen Flughafen zum Schmuckkasterl umgebaut, wir haben ein Management, das sich so bemüht hat, auch für einen Regionalflughafen so viele Verkehrsverbindungen zustande zu bringen, dass wir stolz sein dürfen, dieser Flughafen erwirtschaftet Jahr für Jahr ein Ergebnis, das jetzt über drei Millionen Euro liegt. Die Flughäfen international haben im vergangenen Jahr, aber auch heuer durch Wirtschaftskrise, durch Vulkanausbrüche, durch viele andere Dinge bis hin zu den Treibstoffpreisen ganz schöne Probleme. Wir haben die gut gemeistert, wir werden, wie gesagt, und haben jetzt auch mitgeholfen, dass die wichtigsten Verbindungen bleiben. Der letzte Flugplan ist herausgekommen, der kann sich wirklich sehen lassen, wir haben es gerade auch im vergangenen

Krisenjahr nicht geschafft, die Millionen-Passagier-Zahl zu überwinden, das heißt, da tun wir, da arbeiten wir und dass wir auch aufgrund dieses schwierigen Ergebnisses in einer sehr, sehr kurzfristigen Betrachtung vom Wirtschaftsprüfer vorgeschlagen bekommen haben, auch eine Abwertung durchzuführen, das tut weh, aber wir haben auch im Aufsichtsrat das Vorsichtsprinzip gelten lassen. Der Flughafen hat für mich vielmehr Wert als nur die 40 Millionen, mit denen er jetzt als Buchwert quasi dasteht, jetzt war er drinnen mit 66 in etwa, 26 Millionen sind abgewertet worden; in einer, zumindest habe ich es gesehen, österreichweiten Betrachtung der Flughäfen ist unser Flughafen mit einem Wert von 100 Millionen drinnen gestanden, also ich würde aufgrund des Vorsichtsprinzips im Wirtschaftsprüfungsbereich und auch im Aufsichtsrat jetzt nicht darauf schließen, dass dieser Flughafen keinen Wert hätte und ich glaube, wir arbeiten da sehr gezielt dran. Zur Österreichischen Bundesbahn möchte ich nur anmerken, dass nicht nur das Personenaufkommen und das Einstellen und Einschränken von Personenbeförderungsbereichen ein Thema ist, sondern dass mittlerweile auch im Gütertransport vieles auf die Straße verlegt werden soll. Ich weiß das zufällig, weil ich gerade über den Waldverband die Nachrichten erhalten habe, dass man ernsthaft daran denkt, die Holztransporte Österreichs auf den Lkw zu verlagern, das würde in Österreich 2000 Lkw-Fahren pro Jahr bedeuten. Manchmal verstehe ich überhaupt nicht mehr, wie wir zu wichtigen Bereichen der Gesellschaft in Österreich und der Entwicklung und Zukunft Österreichs wirklich damit umgehen. Die Bundesheerdebatte ist für diejenigen, die dort arbeiten, schon fast unerträglich geworden, da gehört eine Entscheidung her und dann muss man wieder arbeiten können, da gibt es keine, und bei den Österreichischen Bundesbahnen, sage ich auch ganz ehrlich, entweder nimmst du viel, viel Geld in die Hand, um in ein System weiter zu investieren, das zurzeit aus meiner Sicht nicht richtig geführt wird, und wer sich anschaut, dass in Deutschland, in der Schweiz, in Frankreich die Bahnunternehmungen auch Milliardengewinne abwerfen und wir uns mittlerweile anschauen müssen bis in die Grundbücher hinein, dass die Österreichischen Bundesbahnen de facto Schulden über Schulden haben, dass jährlich die Betriebsergebnisse nicht beginnen und man ernsthaft nicht daran denkt, dass System

komplett neu zu überdenken und zu machen, wird weiter dazu führen, dass wir ausdünnen, noch dazu, wo ja auch durch europäisches Recht die Möglichkeit jetzt gegeben ist für andere Bahnen Europas oder auch aus Übersee, wenn sie Lust haben, auf den profitablen Bahnstrecken uns auch noch Konkurrenz zu betreiben. Also ich sehe im Moment, und jetzt nehme ich ein Wort aus dem Eisenbahnbericht, kein Licht am Ende des Tunnels und ich würde mich freuen, wenn alle verantwortlichen Fraktionen, auch auf Bundesebene, einmal ernsthaft auch mit allen Gewerkschaften, mit allen Menschen auch im Unternehmen endlich drüber reden, wie man das hinkriegt, bevor wir denselben Zustand haben wie bei unserem Luftverkehr, weil da sind wir bei der AUA irgendwann auch soweit gekommen zu sagen, und jetzt müssen wir es verkaufen, und damit wir es verkaufen können, legen wir noch ein Geld drauf und das tut weh, das ist nicht österreichisch, dass wir keine Lösung finden, da hat die Politik ein Totalversagen und ich freue mich wirklich, auch wenn der Herr Landesrat Kurzmann eine Initiative in dem Punkt setzt, ich habe nichts gehört in letzter Zeit, ich habe genügend Briefe an die Frau Ministerin Bures geschrieben, sie hat mir oft genug auch zurückgeschrieben, es kommt dabei relativ wenig heraus, das heißt, mir geht es darum, heute auch noch einmal klarzumachen, selbst wenn wir uns in der Steiermark, auch unterm Herrn Kurzmann, noch einmal zusammensetzen, wird das vielleicht einen größeren Druck auch eines Bundeslandes geben, ich setze mich da gerne an den Tisch und sage auch allen Verantwortlichen, was es ist, was da im Moment läuft. Ich sehe nur, wie gesagt, im Moment leider kein Licht am Ende des Tunnels, es sind jeden Monat eigentlich nur schlechtere Nachrichten und zeitgleich investieren wir voll in die Infrastruktur. Ja, jetzt sage ich noch einmal, das ist wunderschön, aber da hätte mein Bua beim Eisenbahnspielen auch keine Freude, wenn ich nur Schienen kaufe und niemals mit rollendem Material da unterwegs bin, so kann es nicht funktionieren dauerhaft, also ich werde mit dabei sein, keine Sorge, es ist auch keine Verweigerung, aber wir haben es heute schon alle miteinander jetzt, die wir nicht Ihrer Fraktion angehören, schon als ein bisschen verwunderlich erlebt, dass wir schon wieder Arbeit machen sollen, obwohl wir im Bereich der freiheitlichen

Partei auf Landesebene jetzt einen Verkehrslandesrat haben, der soll die Stimme so erheben, dass in Wien sich alle fürchten (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Es betrifft aber Graz ganz besonders.

Bgm. Mag. **Nagl**: Graz gehört zur Steiermark, und das sollte man wieder öfter betonen. Ich denke mir, dass das ein gemeinsames Anliegen sein muss.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit angenommen.

8) Neuaufgabe der „Aktion scharf“ im Grazer Univiertel

GR. Mag. **Korschelt** stellt namens von ÖVP, SPÖ und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Herr Bürgermeister! Ich darf dich in diesem Falle natürlich auch als Mitkämpfer ansprechen, weil auch bei der Aktion scharf bist du an vorderster Front immer dabei. Ich darf auch diesen Antrag auch im Namen der ÖVP und der SPÖ einbringen, und zwar es geht darum: Auf der Tagesordnung für die heutige Gemeinderatssitzung befindet sich ein Gemeinderatsstück, das - einmal mehr - die nächtliche Lärmbelästigung im Grazer Universitätsviertel thematisiert.

Tatsächlich erfordert gerade das erhöhte Personenaufkommen in der schönen Jahreszeit die Einleitung wirksamer Sofortmaßnahmen. Gemäß der Beantwortung meiner diesbezüglichen Anfrage durch das Bürgermeisteramt hat sich die „Aktion scharf“ (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) der Exekutive in jüngerer Vergangenheit als wirkungsvolles Mittel zur Bekämpfung der viel zitierten Missstände im Grazer Universitätsviertel erwiesen. In Ermangelung wirksamerer Regelungsmechanismen seitens der Stadt Graz empfiehlt es sich daher gerade in den Sommermonaten, gegenständliche Aktion zu wiederholen.

Ich stelle deshalb namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgend nachstehenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, mit den zuständigen Stellen der Exekutive in Kontakt zu treten, um auch in diesem Jahr eine Durchführung der sogenannten „Aktion scharf“ während der Sommermonate zu erwirken.

GR. **Schneider** zur Dringlichkeit: Werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregerer, liebes Publikum! Das Zusammenleben in der Stadt beinhaltet sowohl Fortgehen und Feiern, Musik hören, Tanzen, als auch für die Lebensqualität wichtig die Nachtruhe, die ungestörte und ein gepflegtes sauberes Umfeld, wenn man raustritt aus seiner Wohnung vor die Türe. Das Ganze muss sich in einem Verhältnis befinden, das ausgewogen ist. Seit Jahren haben wir im Uni-Viertel das Problem, dass diese Ausgewogenheit dort nicht gegeben ist und deshalb, und auch das ist manchmal notwendig, um das Zusammenleben der Menschen wieder in die richtigen Bahnen zu lenken und die Ausgewogenheit herzustellen, dass die Polizei eingreifen muss.

Insofern unterstützen wir diesen Antrag, weil die Zustände im Uni-Viertel tatsächlich so nicht hinnehmbar sind. Ganz besonders freut uns, dass auch die FPÖ auf den Kurs eingeschwenkt ist heute, dass wir die Verbote in der Stadt nicht wuchern lassen sollten. Noch dazu die Verbote, so wie das Alkoholverbot im Uni-Viertel, das Problem nicht beseitigen, nicht wirkungsvoll ist, also ein Verbot ist, das eigentlich überflüssig ist, und ich würde mich sehr freuen, wenn wir auch da drüber reden könnten, vielleicht in der nächsten Gemeinderatssitzung einen gemeinsamen Antrag einzubringen, dass gerade sinnlose, nicht wirkungsvolle Verbote in Graz auch abgeschafft werden. Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf mich namens meiner Fraktion auch zur Dringlichkeit melden. Was tun wir, um den Menschen, die dort um ihren Schlaf gebracht werden, mit Vandalismus und mit Verschmutzung ihrer Häuser und der Gehsteige täglich leben müssen, wie man ihnen wirklich helfen kann. Das Erste ist, weiterhin die Polizei zu ersuchen, und deswegen auch Unterstützung des Antrages und der Dringlichkeit, dass ihre Einsätze dort wieder durchführt, wie auch im vergangenen Jahr. Wir wissen, wie der Personalstand ist, dass das Überstunden bedeutet, deswegen auch der Versuch, auch Gelder flüssig zu stellen, damit man hier auch tatsächlich mithilft. Wir haben uns schon an das Land gewandt, um juristisch andere Möglichkeiten zu kriegen, das wurde uns abgelehnt, wir wenden uns jetzt an den Bund, um eine Möglichkeit zu bekommen, will aber auch sagen, dass das Verfahren oder die Verfahren in der Zwischenzeit voll laufen und wir unter Umständen, das muss sehr gut vorbereitet sein, auch selbst noch einen Spielraum haben, um hier Handlungen setzen zu können. Es geht ja in erster Linie um die Vorverlegung der Sperrstunde, wenn sich die Zustände dort nicht ändern sollen. Das heißt, wir gehen sowohl bei der Dringlichkeit als auch beim Inhalt mit.

GR. Mag. **Korschelt**: Ich darf mich herzlich für die breite Zustimmung bedanken und, wie gesagt, auch für die Dringlichkeit, das Wetter wird ja hoffentlich schön bleiben, ich glaube, wir sind es den Bürgern dort in diesem Uni-Viertel schuldig, dass wir etwas unternehmen, der Herr Bürgermeister hat das eh schon gesagt, es betrifft ja nicht nur die Lärmbelästigung, sondern, nachdem ich ja unter seniler Bettflucht leide, habe ich mir letzten Samstag und letzten Sonntag in der Früh zwischen 7.00 und 8.00 Uhr auch die Elisabethstraße angeschaut, ich kann nur allen empfehlen, wer einmal was Grausiges sehen will, der soll dorthin gehen. Das spottet jeder Beschreibung für eine doch, oder doch für die größte Stadt Österreichs und ich darf mich in dem Sinne herzlich bedanken.

Zwischenruf GR. Schneider: Gummistiefel anziehen.

GR. Mag. **Korschelt**: Gummistiefel noch nicht, aber ich bin mit dem Auto vorbeigefahren, ich bin nicht ausgestiegen (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9) Bessere Prävention von Alkoholmissbrauch durch Kinder an den Grazer Schulen

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Auch auf die Gefahr, dass meine jetzige Wortmeldung wieder die Reflektion des Kollegen Hagenauer auslöst, den vorgetragenen Worten, Herr Dr. Hagenauer herausgeht und intellektuell mich in das nationale Lager irgendeiner Partei versucht einzusortieren, in das Kastendenken, das ihm halt in irgendeiner Form zur Verfügung steht oder dem er sich bedient. Würde mich ja freuen, wenn er es zu den Themen auch macht betreffend den Antrag die bessere Prävention von Alkoholmissbrauch durch Kinder an den Grazer Schulen und auch davor. Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind alle betroffen nicht nur von den Ereignissen der vergangenen Jahre, die uns immer wieder vor Augen geführt haben, dass komasaufende Jugendliche ihr Leben und das Leben anderer gefährden, indem sie Alkoholmissbrauch ganz offen betreiben, sondern auch die erschreckenden zu Tage getretenen, ich sage nicht, dass es jetzt eine Erfindung der letzten zwei Wochen sind, aber die jetzt auch medial zu Tage getretenen Ereignisse, dass nicht nur Jugendliche, sondern Kinder mit zehn Jahren und darunter zu Alk-Patienten, zu sogenannten Alk-Patienten gehören, macht betroffen. Allein im letzten Jahr sind in Graz 267 junge Alk-Patientinnen und -Patienten in der Grazer Kinderklinik behandelt worden, 90 %, laut Auskunft auch der Kinderklinik, dieser Patienten, die jungen Patienten, die eingeliefert wurden, waren nicht mehr ansprechbar. Das heißt, 267, fast jeden zweiten Tage oder nicht einmal wird in der Grazer Kinderklinik ein Kind eingeliefert, das eigentlich, von mir aus am Kinderspielplatz spielen sollte, sein kindliches Dasein genießen sollte, in der Erziehung seiner Eltern steckt und de facto mit einem Suchtmittel in Berührung kommt, das nachhaltig sein Leben zerstört. Wir wissen, dass die Alkohol-ist-schlecht-Verbote und Kampagnen nichts fruchten, wir wissen es, vielleicht mehrere oder viele in dem Raum auch aus dem persönlichen Umfeld, und ich habe das heute in Gesprächen mit einigen Gemeinderätinnen und Gemeinden besprochen, das 15/16 Monate alte Kleinkind, dass von seinen Eltern in einer Diskussion gefallen ist das Wort Scheiße hört. Kein Ordnungsruf bitte dafür und dann dieses Wort, weil das Kind recht schnell

lernt, übernimmt und dann beim erstbesten Moment, möglicherweise wo die Familie bei einer anderen Familie eingeladen ist und alle sitzen am Mittagstisch dann, neunmalklug mit 16 Monaten, der sagt, Scheiße, Scheiße. Und eigentlich nur darauf wartet oder dieser Begriff auch weiterhin in dem kindlichen Hirn drinnen ist, wenn alle sagen, um Gottes Willen, das darfst du nicht sagen, sagt er nie mehr wieder und dann das Kind, das erst recht, das Kind erst recht dieses Wort weiterhin verwenden wird, weil es provoziert. Auf der anderen Seite, wenn man als Elternteil darüber hinwegsieht, wird sich die Provokation spätestens nach drei Tagen verlaufen und dieses Wort wird im Sprachwortschatz nicht mehr vorkommen. Genauso verhält es sich beim Alkohol bei Zehnjährigen, auch wenn das für den Herrn Dr. Hagenauer offenbar, Prof. Hagenauer, offenbar so unwahrscheinlich klingt, er ist ja immer so intellektuell, Entschuldigung, dann ist es so, dass gerade Verbote auch bei Zehnjährigen genauso wie Verbote bei Provokation und von 16 Monate alten oder 20 Monate alten Kindern genau das Gegenteil auslösen. Das heißt, wenn du einem zehnjährigen verbietest, du darfst keinen Alkohol trinken, dann wird es erst richtig interessant. Dann haben wir auch noch das Phänomen, dass Kleinkinder, wenn sie in einen Supermarkt mit ihren Eltern gehen, auf die Bierdose zeigen und sagen, Papa, das gibt es, gibt es alles, braucht man nur lesen, braucht sich umhören, dann wirst du das sehen. Das Problem ist, wie gesagt, ein Problem, das dauerhaft Existenzen ruiniert, das Menschen mit zehn, mit 15 eigentlich in einen Lebensweg hineindrängt, in einen schrecklichen Lebensweg hineindrängt, wo sie nie mehr herauskommen und die Politik durchaus auch im Wege der Instrumente Bildung, Volksschulen, Kindergärten früh genug präventive Maßnahmen durchführen sollte und zwar nicht mit den Verboten, sondern präventiv mit ausgebildeten Sozialarbeitern, Psychologen und Pädagogen.

Und daher bringe ich den

dringlichen Antrag

ein: Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden aufgefordert, entsprechende Initiativen zu setzen, um für eine frühe und wirkungsvolle Aufklärung über die Gefahren des Alkoholmissbrauchs zu sorgen, welche unter Umständen schon vor der Volksschule beginnen sollte. Diese Initiativen sollten, möglicherweise im Vorfeld von entsprechenden Expertisen unterstützt, von fachlich kompetenten Personen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Psychologinnen und Psychologen, Familienberaterinnen und Familienberatern erarbeitet werden. Ziel soll es sein, den Kindern und Jugendlichen die Kausalität der vom Gesetzgeber im Rahmen des Jugendschutzgesetzes vorgegebenen Richtlinien verständlich zu machen und ihnen die Problematik von Alkoholkonsum im Allgemeinen näher zu bringen.

Meine Redezeit ist schon erschöpft, eines möchte ich noch sagen, mir geht es nicht darum, die Verbote hinunterzutragen, die ohnedies das Jugendschutzgesetz vorsieht, sondern niederschwellig mit psychologischen Methoden jungen Menschen, Kindern, sie davon abzuhalten und sie auch abzuschrecken vor dem Alkoholmissbrauch. Nicht als Verbot, sondern Alkohol als ein Suchtmittel, das ihr Leben nachhaltig ruiniert. Ich danke Ihnen.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Potzinger** zum Antrag: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren der Stadtregierung und des Gemeinderates und die Gäste auf der Galerie! Selbstverständlich ist das ein Dauerauftrag, möglichst früh, primär präventiv alles zu unternehmen, dass Alkohol Abusus massiv abnimmt. Nur, lieber Gerald Grosz, du hast hier nicht das Rad neu erfunden, sondern sehr viel von dem, was du da forderst, passiert schon längst und zwar hervorragend in Zusammenarbeit mit den Fachleuten. Ich möchte hier erwähnen, was Stadtrat Eisel-Eiselsberg hier auf Schiene gebracht hat im persönlichen Kontakt mit Prof. Müller von der Kinderklinik, wo es erstklassige

Präventionsmaßnahmen gibt: Broschüren des Amtes für Jugend und Familie, Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, Aufklärung, vor allem auch im Bereich der Elternbildung, höre nur zu, lieber Gerald Grosz, ich rede mit dir. Also wie Cäsar machst du das, du hörst doppelt...

Zwischenruf GR. Grosz: Wie Cäsarin Martina Schröck multitaskingfähig.

GRin. **Potzinger:** Jedenfalls sehr viel von dem passiert schon, ich nehme als Pars pro Toto das Beispiel Vivit, die Suchtpräventionsstelle, die steiermarkweit agiert, schwerpunktmäßig in Graz, wo allein im Vorjahr über 34.000 Informationsmaterialien verteilt wurden, über 2000 Personen in direkten Kontakt mit den Beraterinnen und Beratern gekommen sind, vor allem Elternbildung, Kontakt mit Pädagoginnen mit den Kindern. Es passiert schon sehr viel, aber das Thema ist wichtig, die traurigen Vorkommnisse der letzten Zeit sind ein Anlass, das Ganze jetzt dringlich zu behandeln. In einem Bereich bist du, lieber Gerald Grosz, aber am Holzweg, wenn Eltern Alkoholkonsum verbieten, heißt das nicht, dass Kinder dann automatisch trinken. Man muss, ganz im Gegenteil, eben nicht beim Geburtstag vom Großvater dem Zehnjährigen auch schon das Sektglas geben, wenn dann gefüllt mit alkoholfreiem Sekt, den es ja auch gibt, Robby Bubbles, sehr zu empfehlen, kleine Werbung. Jedenfalls das gute Beispiel der Eltern ist unverzichtbar im Umgang mit Suchtmitteln. Wir werden sehr gerne diesem Stück die Zustimmung geben (*Applaus ÖVP*).

Stadtrat Eisel-Eiselsberg übernimmt um 18.00 Uhr den Vorsitz.

GR. **Grosz:** Kollegin Potzinger, falsch, nicht die Eltern sind schuld, dass das Kind trinkt, und wenn es die Eltern verbieten, wird das Kind auch nicht mehr trinken, nein, es macht es nur interessanter, jedes Verbot macht interessanter, das ist halt so. Das ist ein Grundprinzip. Und zu den Maßnahmen zum Verteilen, Kollegin Gemeinderätin Ennemoser hat mir gerade eine dieser Dinge gegeben, das ist viel zu positiv, da sind vier Jugendliche drauf, die sich freuen, die lässig sind, die cool sind und dann steht halt unten, ich bin gut drauf, auch wenn ich nicht sauf. Das ist ungefähr so nett gestaltet wie eine Einladung zu einem Jungscharlager, sondern man muss Jugend davor abschrecken, Alkohol zu trinken und ich sage es auch in dieser Härte, da gehört die Klomuschel hinauf, die von einem komasaufenden Jugendlichen umarmt wird, dass er sieht, in welche Armseligkeit der Alkohol und die Aufgabe seiner eigenen Sinne führen kann. Da gehört der Komasaufende Jugendliche von einem Polizeifoto mit verpixeltem Gesicht hinauf, dass er sieht, so möchte ich nie aussehen und das ist das, das muss abschreckend wirken und damit etwas auslösen aber nicht ich bin gut drauf, wenn ich nichts sauf. Das ist die Einladung, dass ich... ist, wie gesagt, zu nett gehalten, ist gut gemeint, aber zu nett gehalten und mit diesen abschreckenden Bildern kann man auch Jugendlichen verständlich machen, dass ihre Zukunft auf dem Spiel steht und das wollen wir einerseits, aber andererseits in dem heutigen Antrag, dass mediativ, niederschwellig die Grazer Pädagoginnen/Pädagogen, die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter auf dieses Problem optimal vorbereitet werden und vor den Volksschulen bereits hier Maßnahmen treffen, in den Volksschulen, in den Kindergärten, wo auch immer, um Jugendliche vor diesen Gefahren zu warnen. Ich danke.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.05 Uhr den Vorsitz.

10) Aufforderung, während der Gemeinderatssitzungen keinen Alkohol auszuschenken

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu meinem Antrag komme, möchte ich nur ganz kurz auf die wieder einmal äußerst entbehrliche Wortmeldung vom Kollegen Hagenauer antworten, der es schon wieder gewagt hat, den Gerald Grosz, aber auch mich in irgendeine Nähe zum Dritten Reich zu rücken, indem er da von irgendwelchen Sympathie geschwafelt hat, die wir hätten zu welchen großjährigen, großen Reichen. Kollege Hagenauer, ich verbitte mir das wirklich, ich hoffe, Sie nehmen das auch einmal zurück, haben die Größe, das zu machen und entschuldigen sich dafür, weil diese Paraderolle, die Sie hier ausfüllen, ganz offensichtlich als alternde moralische Politinstanz, die mag Ihnen in Ihre eigene Partei zugestehen aber sicher nicht für andere Kolleginnen und Kollegen hier in diesem Saal (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Ich komme nun zu meinem dringlichen Antrag betreffend während der Gemeinderatssitzungen keinen Alkohol auszuschenken. Der Gemeinderat als oberstes Organ der Stadt Graz ist mit zahlreichen wesentlichen Entscheidungen befasst, die für unsere Stadt von wesentlicher und vor allem nachhaltiger Bedeutung sind.

Zu Beginn dieser Gemeinderatsperiode wurde wiederholt der Missstand moniert, dass eine Vielzahl der Gemeinderatssitzungen aufgrund einer Fülle von Initiativen und Tagesordnungsstücken bis in die späten Nachtstunden dauern, weshalb Stücke von großer Bedeutung oftmals erst zur vorgerückten Stunde nur noch durch den Gemeinderat gewunken wurden.

Die logische Konsequenz war eine Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Graz, um zu gewährleisten, dass wesentliche Entscheidungen auch mit der entsprechenden Sorgfalt diskutiert werden.

Eine ähnliche Intention verfolgen wir nun mit dieser Initiative. Wesentlich dabei ist, dass es nicht darum geht, einzelnen Gemeinderäten oder Stadtsenatsmitgliedern mangelndes Verantwortungsbewusstsein oder gar übermäßigen Alkoholenuss zu unterstellen, sondern vielmehr darum, hier ohne konkreten Vorwurf und direkte Angriffe ein generelles Problembewusstsein zu schaffen, das dazu beitragen könnte, das Ansehen der Politik bei der Bevölkerung zu steigern.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Schröck:** Umso besser, wenn es für Sie nicht gegeben ist, Kollegin, es hindert Sie hoffentlich nicht daran, mir zu folgen. Dennoch muss angemerkt werden, dass mir von zahlreichen Zusehern auf der Tribüne und auch Medienvertretern schon öfter mitgeteilt wurde, dass bei diversen Gemeinderatssitzungen möglicherweise der eine oder andere politische Vertreter nicht mehr den Eindruck erweckt hat, besonders frisch zu sein.

In zahlreichen Unternehmen herrscht während der Arbeitszeit striktes Alkoholverbot, bei bestimmten Tätigkeiten ist wegen der besonderen Wichtigkeit und der erhöhten Gefährlichkeit ein Alkoholverbot sogar gesetzlich vorgegeben. Nun ist es nicht vermessen anzunehmen, dass gerade die Tätigkeit in einem politischen Vertretungskörper mit der höchstmöglichen Sorgfalt ausgeübt werden muss. In diesem Zusammenhang ist nun ein allzu großzügiger Umgang mit dem Suchtmittel Alkohol nur schwer zu argumentieren, wobei auch die Überlegung der Vorbildfunktion der Politik nicht außer Acht gelassen werden darf.

Ich appelliere mit dieser Initiative nun an die Vernunft der Gemeinderatsmitglieder, versuche aber nicht die Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Mandatare zu

beschneiden, sondern beabsichtige damit ein politisches Zeichen mit Signalwirkung an alle gesellschaftlichen Lebensbereiche zu setzen.

Daher stellt der unterfertigte Gemeinderat folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat bekennt sich im Hinblick auf seine Verantwortung zu einem der Würde des Hauses entsprechenden Umgang mit dem Suchtmittel Alkohol und hält die einzelnen Gemeinderatsklubs und -fraktionen an, während der Gemeinderatssitzungen keinen Alkohol auszuschenken.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**. Ich möchte aber noch einen Satz hinzufügen. Es gibt am Hauptplatz ein Alkoholverbot, es gibt ein Verbot des Trinkens von Alkohol auch im Rathaus für die gesamte Verwaltung, und die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns von Haus aus auch eine vorbildliche Wirkung, und aus diesem Grund darf ich auch als Bürgermeister ersuchen, dass wir weiterhin hier herinnen die Entscheidungen so fällen, wie wir das auch in der Vergangenheit getan habe, ohne Einfluss von Alkohol (*Applaus ÖVP und Grüne*).

11) Die bis dato gegebene Verfügbarkeit von freien Sozialwohnungen der Stadt Graz deckt nicht den andrängenden Bedarf: Daher Einleitung von substantiellen Maßnahmen, um vorhandene Sozialwohnungen beziehungsweise die Ressourcen der Stadt Graz trefflicher einzusetzen

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht bei meinem heutigen dringlichen Antrag um die Sozialwohnungen der Stadt Graz, um die Verfügbarkeit dieser Sozialwohnungen, die dem andrängenden Bedarf nicht standhalten. Daher möchte ich mit diesem dringlichen Antrag eine Einleitung von substantiellen Maßnahmen und vorhandenen Sozialwohnungen beziehungsweise die Ressourcen der Stadt Graz trefflicher einzusetzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben laut aktuellem Stand insgesamt 10.800 Sozialwohnungen und 4.300 eigene, 6.500, wo wir das Einweisungsrecht haben. Wir haben de facto eine Volllastung, ich glaube, da wird mir die Frau Stadträtin Kahr Recht geben, und wir haben beträchtliche Wartezeiten, insbesondere gerade bei Haushalten mit vier und mehr Personen, wo die Wartezeit nach entsprechendem Ansuchen und entsprechender Überprüfung bereits an die zwei Jahre dauert. Es besteht daher ein klarer Handlungsbedarf für sozial verantwortungsvolle Politik, denn die bisherigen Maßnahmen im Sinne eines Sozialwohnbauprogrammes hier Verbesserungen herbeizuführen sind löblich, gut, auch von mir unterstützt, aber sie reichen bei weitem nicht aus, um den andrängenden Bedarf wirklich abzudecken. Die Verfügbarkeit von Sozialwohnungen stellt demnach eine äußerst wertvolle und zugleich ökonomisch knappe Ressource da und unterliegt vollends der Politik. Wir müssen Sozialwohnungen wirklich zielgerecht und zeitnah jenen Grazerinnen und Grazern zur Verfügung stellen, um insbesondere in einer bis dato gegebenen bedürftigen Einkommen- und Vermögenssituation der Betroffenen Hilfe zu leisten. zeitnah gegen Not, das ist eine moralische und aus meiner Sicht eine sehr ethische Verantwortung und Pflicht. In realiter sind unter

anderem folgenden Hausaufgaben erkennbar: Es kommt scheinbar in Einzelfällen, wie mir zu Ohren gekommen ist, dazu, dass Wohnungen an Dritte und gemäß den geltenden beziehungsweise allfälligen anzupassenden Bestimmungen an Nichtberechtigte in Teilen beziehungsweise zur Gänze untervermietet werden. Auch kommt es scheinbar weiters vor, dass im Todesfall des Hauptmieters dessen Kinder, nahestehende Bekannte in den Hauptmietvertrag eintreten, obwohl sie in den letzten Jahren bereits ihren Lebensmittelpunkt faktisch nicht mehr an der Wohnadresse des Verstorbenen gehabt haben. Sie kennen alle den Fall Miedl von der ÖVP, Ähnliches haben wir hier in diesem Bereich auch. Und auch die strengere Handhabe, aus wichtigem Grund gemäß Mietrechtsgesetz eine Kündigung des Mietvertrages auszusprechen beziehungsweise auch sinnverwandt dafür zu sorgen, dass wahrhaft Bedürftige von den Subventionen der Grazerinnen und Grazer Nutzen haben, wird dem Anschein nach vom Wohnungsamt der Stadt Graz nicht ausschöpfend genutzt. Auch scheint es an der Justierung zu mangeln, dass wenn sich Nutzerinnen und Nutzer von Sozialwohnungen der Stadt Graz ökonomisch erholt haben beziehungsweise sich konsolidieren konnten, dies den Anspruch auf anhaltende Unterstützung von anderen Grazerinnen und Grazern auszuschließen hätte, das ist zumindest mein Verständnis von Sozialpolitik. All das behindert die Verfügbarkeit einer wohl erheblichen Anzahl von Sozialwohnungen der Stadt Graz, verhindert, dass zeitnah gegen Not substantielle Wirkung trefflich erzielt werden kann und sozial Bedürftige in Graz diesen preisgünstigen Wohnraum sozialpolitisch auch zur Verfügung gestellt bekommen.

Meine Damen und Herren, 1.650 Grazerinnen und Grazer warten auf eine Sozialwohnung, ich stelle daher als unabhängiger Gemeinderat den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt die für das Amt für Wohnungsangelegenheiten zuständige Stadtsenatsreferentin Kahr:

- a) um Berichterstattung, wie sie sicherstellt, dass die in Gestehung und Betrieb substantiell subventionierten Sozialwohnungen der Stadt Graz ausschließlich von bedürftigen Personen, welche die „Kriterien der Stadt Graz für die Vergabe einer Sozialwohnung“ zum jetzigen Zeitpunkt erfüllen, benützt werden.
 - b) um Berichterstattung, ob alle rechtlichen Möglichkeiten zumindest einmal jährlich genützt werden, um Mietverträge von Nutzern, welche hinsichtlich der Zurverfügungstellung von sozialem Wohnraum als nicht mehr bedürftig gelten, zu beenden.
 - c) um Berichterstattung, wie viele derzeit belegte Sozialwohnungen der Stadt Graz innerhalb von 6 bis 9 Monaten unter intensiver Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten frei gemacht werden können, um dem Grazer Gemeinderat zahlenunterstützte Entscheidungsgrundlagen zu liefern.
 - d) um Berichterstattung beziehungsweise auch um ihre Einschätzung, in welcher zahlenunterfütterten Variante die Ressourcen der Stadt Graz vorteilhafter eingesetzt werden können. Als Varianten sind in Betracht zu ziehen: Kauf von Sozialwohnungen, Bau von Sozialwohnungen durch die GBG, Bau durch externe Vertragspartner oder andere Möglichkeiten.
2. Die zuständige Staatsenatsreferentin hat, um darauf aufsetzend das Thema zu beraten und sozialpolitisch treffliche Veranlassungen zu beschließen, dem Grazer Gemeinderat bis längstens zur Gemeinderatssitzung im Oktober 2011 Bericht zu erstatten.

Bitte um Diskussion und Annahme. Danke sehr.

StRin. **Kahr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben in dem Punkt Recht, dass es, wie bei allen anderen Wohnungen in Graz gelegentlich vorkommt, dass Gemeindewohnungen verbotenerweise untervermietet werden. Ich weiß, dass Sie vor einigen Wochen am städtischen Wohnungsamt waren und dort auch ein Gespräch geführt haben über verschiedene Fragen im Zusammenhang mit Gemeindewohnungen. Was mich wundert ist, dass Sie genau diese Fragen, die Sie heute hier stellen, in dem Antrag dort damals nicht gefragt haben, weil dann hätten Sie dort erfahren, dass das städtische Wohnungsamt, genau um diese Fälle aufzuspüren, im Wohnungsamt es mittlerweile schon seit 20 Jahren eine Wohnungskontrollstelle gibt. Diese sorgt dafür, dass widerrechtlich bewohnte beziehungsweise nicht der Befriedigung eines dringenden Wohnbedürfnisses dienende Gemeindewohnung wieder der richtlinienkonformen Vergabe zugeführt werden können. Das heißt, genau dieser Punkt, Herr Gemeinderat, wird seit 20 Jahren am städtischen Wohnungsamt gemacht. Ich kann Ihnen dann im Anschluss daran auch den Leistungsbericht der Wohnungskontrollstelle übergeben und auch allen anderen KollegInnen hier. Nun zu den weiteren Punkten. Sie sprechen hier an die Eintritte in die Mietrechte. Lieber Herr Gemeinderat, es ist nicht nur scheinbar, sondern auch tatsächlich kommt es vor (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), dass Verwandte, Ehegatten oder Lebensgefährten nach dem Tode des Hauptmieters in deren Mietrechte eintreten wollen. Dafür gibt es im Mietrechtsgesetz, das selbstverständlich auch für die Gemeindewohnungen anzuwenden ist, ganz klare Regelungen. Grundsätzlich können nach dem Tod des Hauptmieters insbesondere dessen Gatte, Verwandte in gerader Linie sowie Geschwister in dessen Hauptmietrechte eintreten, wenn sie schon bisher mit ihm oder ihr im gemeinsamen Haushalt gelebt haben und ein dringendes Wohnbedürfnis haben. Dazu kommen LebensgefährtInnen, wenn sie die letzten drei Jahre mit dem Hauptmieter im gemeinsamen Haushalt lebten oder die Wohnung gemeinsam mit ihm oder ihr bezogen haben. Diese Voraussetzungen, Herr Gemeinderat, werden vom Wohnungsamt eben genau im Hinblick darauf, dass nur Berechtigte in

Gemeindewohnungen leben, wie von Ihnen im Punkt 1 a des Antrages gefordert, besonders genau geprüft. Eine von Ihnen geforderte strengere Handhabung der Kündigungsmöglichkeit aus wichtigen Gründen, wie Sie anführen, ist übrigens schon begrifflich nicht möglich, da die Generalklausel, aus wichtigen Gründen im Absatz 1 des § 30 Mietrechtsgesetzes durch die in Absatz 2 genannten Sondertatbestände konkretisiert wird und nach Lehre und Rechtsprechung nicht als eine Art Auffangtatbestand gesehen wird, der dazu da ist, je nach politischer Laune oder eigenem Rechtsempfinden stringenter oder lockerer interpretiert zu werden. Die wichtigsten Tatbestände in aller Kürze für Sie. Erstens: Nichtbezahlung des Mietzinses, zweitens mangelnder Bedarf, drittens gänzliche Weitergabe, viertens nachteiliger Gebrauch, fünftens unleidliches Verhalten. Ob der behauptete Kündigungsgrund vorliegt, entscheidet letztendlich nicht die Stadt Graz, sondern das zuständige Gericht. Nun zu den Punkten b und c Ihres Antrages, die können auch gemeinsam beantwortet werden. Wie bereits erklärt, sind die rechtlichen Möglichkeiten von Kündigungen im Mietrechtsgesetz genau festgeschrieben. Eine Gehaltserhöhung des Mieters oder der Mieterin befindet sich nicht darunter. Um aber ernsthaft auf Ihr Ansinnen einzugehen, Herr Gemeinderat, die Einkommensobergrenzen für die Vergabe von Gemeindewohnungen orientieren sich nach den Ansätzen des Wohnbauförderungsgesetzes. Und ich darf Ihnen mitteilen, Herr Gemeinderat, dass es in meiner Amtszeit überhaupt noch nie vorgekommen ist, dass das Einkommen einer Familie oder einer Person, die um eine Gemeindewohnung angesucht hat, über dieser Grenze gelegen ist. Ohne Ihnen nahe treten zu wollen, Herr Gemeinderat, es ist völlig realitätsfern zu glauben, im Gemeindebau tummeln sich Menschen, die das Geld haben, sich locker auf dem freien Markt wohnzuversorgen. Die Tendenz ist eher umgekehrt, Leute, die es sich leisten können, ziehen ohnehin in andere Wohnungen, in andere Wohngegenden und sollte sich doch einmal jemand dazu entscheiden, trotz gutem Job und Einkommen in einer Gemeindewohnung zu bleiben, so ist das im Sinne einer sozialen Durchmischung aus meiner Sicht nur wünschenswert. Denn genau solche Mieter und Mieterinnen haben im Regelfall eine Art Stabilisierungs- und Integrationsfunktion.

Wie gesagt, bei den tatsächlichen Einkommensverhältnissen unserer Gemeindemieterinnen und -mieter ist diese Diskussion eine rein akademische und hat nichts mit der Realität zu tun. Erst gar nicht eingehen möchte ich auf den Verwaltungsaufwand, den es erfordern würde, jährlich die Einkommensverhältnisse aller GemeindemieterInnen zu prüfen um, wenn überhaupt einem oder zwei Menschen, die gerne in ihrer Wohnung leben, diese auch wegzunehmen. Insofern, lieber Herr Gemeinderat, brauchen Sie auf den Bericht bis Oktober nicht warten, sondern ich habe ihn hiermit und möchte ihn gerne im Anschluss auch an Ihren Antrag geben, der Dringlichkeit können wir nicht zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Gerhard Mariacher! Du verunmöglichst es uns wieder einmal, hier zuzustimmen, weil wir verstehen diesen Antrag einfach nicht. Du sprichst viel, aber sagst darin nichts. Mich würde ja interessieren, was du damals in der Schule anno dazumal in Deutsch gehabt hast, diese Schachtelsätze, diese abenteuerlichen Stilbrüche verunmöglichst es uns einfach, hier auch zu folgen. Und allein der Betreff ist ja einmalig, der ist ja länger als so mancher Motivenbericht bei anderen dringlichen Anträgen. Und auch noch irgendwie auffällig ist hier auch dein Geltungsdrang. Allein auf diesem Antrag steht siebenmal dein Name, auch sehr eigenartig. Aber es ist ja nicht so, dass wir dir nicht eine Hilfestellung auch leisten wollen, ich würde dir empfehlen, ich habe das gefunden und es ist auch derzeit gerade im Angebot vom Wifi, da findet unter dem Schlagwort „Spezielle Kommunikation“ derzeit eine Seminarreihe statt, die sich nennt „Auf den Punkt gebracht“, Ziel, Sie lernen Dinge, auf den Punkt zu bringen, um weitschweifige und zeitraubende Kommunikation bei sich und anderen zu vermeiden und Vielredner zu bremsen sowie zu lenken. Also ich glaube, das wäre im Interesse von uns allen, von dir und auch von uns, vernünftig, wenn du diesen Kurs, dieses Seminar auch besuchst, 330 Euro ist nicht die Welt,...

Zwischenruf GR. Grosz: Legen wir zusammen.

GR. Mag. **Sippel**: ...da legen wir, glaube ich, alle gerne zusammen und ich glaube, wenn dieses Seminar auch vorbei ist, hat der gesamte Grazer Gemeinderat viel davon. Danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Die Leermeldung vom Armin Sippel nehme ich gerne zur Kenntnis. Die Frau Stadträtin Kahr hat im Gegensatz zu dir keine Mühe, den Antrag zu lesen, sie hat ihn bis auf einen Punkt genau gelesen. Sie hat mir auch jetzt in ihrer ersten Reaktion zugegeben, dass es auch Wohnungen gibt, die untervermietet werden, ohne dass das entsprechend rechtlich abgesegnet ist. Den zweiten Punkt hat sie leider Gottes nicht so genau gelesen. Es geht nur um jene, die einem Hauptmieter im Hauptmietvertrag nachfolgen möchten, eintreten möchten in diesen Vertrag, die faktisch eben nicht an dieser Wohnadresse mehr gelebt haben über Jahre, und solche Fälle gibt es. Man kann dort gemeldet sein und faktisch dennoch woanders leben, das haben wir beim Kollegen Miedl ja auch gesehen, wie das geht. Dritte Sache ist, dass wir auch aus ihren Informationen immer wieder gehört haben, dass entsprechende Totalsanierungen von Wohnungen gemacht werden mussten, wenn Wohnungsmieter ausgezogen sind, na was war denn das dann als nachteiliger Gebrauch dieser Wohnung? Sie haben angesprochen natürlich meine Recherchen, die ich gemacht habe sehr wohl, und es wurde mir auch ganz eindeutig gesagt, dass eben diese ständige Kontrolle, diese Evaluierung, wie der Gebrauch ist, ob derjenige wirklich die entsprechende Berechtigung auch weiterhin hat, eben nicht laufend erfolgt, sondern nur bei Bedarf, wie es so schön heißt. Das heißt, eine Generalübersicht über die Situation, wie es in den 10.800 Wohnungen ist, haben wir dadurch nicht und haben

wir auch durch Ihren Bericht nicht. Daher bleibt der Inhalt des Antrages für mich vollends aufrecht. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit haben wir alle dringlichen Anträge erledigt. Wir kommen nun zu den Anfragen und zu den Anträgen. Wir haben heute insgesamt 11 Anfragen und 20 Anträge vorliegen. Mit Ausnahme von zwei Anfragen gelten alle Anfragen und Anträge als eingebracht, wir haben auch noch versucht, für jeden Klub jetzt eine Liste zu erstellen, da darf ich vielleicht auch für die nächsten Male bitten, dass wir in den Klubs das gleich auch so gemeinsam zusammensammeln, das ist nicht so viel Arbeit, das jetzt im Schnellen dann zusammenzukopieren und zusammenzutragen. Es gibt zwei Anfragen, einmal ist die Frau Gemeinderätin Binder, die betreffend eines interkulturellen Gartens eine Anfrage an mich richten möchte, und der Kollege Grosz möchte einmal zum Thema Radfahrkurse für Afrika seine Anfrage auch stellen.